

# Das Bild der Krise

Wie schrieben die deutsche und die polnische Presse über das jeweilige Nachbarland im ersten Halbjahr 2020?

Agnieszka Łada  
Bastian Sendhardt



## Die Angst vor dem Volk

Nach den Urteilen über die Deutschen hat sich im ersten Halbjahr 2020 eine neue Phase der Beziehungen zwischen den Nachbarländern angebahnt. Die Deutschen sind nun nicht mehr nur die Feinde der Polen, sondern auch die Feinde der Deutschen.



Polska

## Szkoła w

DEUTSCHES  
POLEN  
INSTITUT

INSTYTUT SPRAW  
PUBLICZNYCH

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Der Blick auf den Nachbarn in der Krise	6
Allgemeiner Umgang mit der Corona-Krise	6
Das Bild vom Anderen	10
Deutschland und Polen im selben Boot – deutsche und polnische Sichtweisen auf die gegenseitigen Beziehungen	18
Grenzenlose Nachbarschaft und Grenzen der Nachbarschaft	18
Hersteller, Zulieferer, Investoren – unentbehrliche Partner	22
Europäische Solidarität	25
Protagonisten	27
Die Deutsche und der Pole	27
Deutschland, Polen und die anderen	29
Eine Nachbarschaft in Metaphern	33
Frames und Metaphern – eine kurze Einführung	33
Der ewige Kampf	34
Naturschauspiele	38
Schüler und Lehrer	39
Fazit	41
Literaturverzeichnis	44

# Einleitung

## Worum geht es in diesem Text?

Das erste Halbjahr 2020 war in Europa geprägt vom Ausbruch der COVID-19-Pandemie. In dieser Untersuchung gehen wir der Frage nach, welches gegenseitige Bild die deutsche und die polnische Presse in dieser Krisenzeit vom jeweils anderen Land zeichneten, wie es erzeugt und kommuniziert wurde. Dafür wurden Artikel mehrerer polnischer und deutscher Tageszeitungen und Wochenzeitschriften systematisch ausgewertet.<sup>1</sup>

## Welches Erkenntnisinteresse steht hinter dieser Studie?

In Zeiten von *Social Media*, Populismus und *Fake News* ist die Glaubwürdigkeit der politischen Berichterstattung in den traditionellen Printmedien immer stärker in Frage gestellt. Medienmacher\*innen, Politiker\*innen und wohlmeinende Kommentator\*innen der politischen Debatte empfehlen daher die (Rück-)Besinnung auf *Fakten* und eine entsprechend *rationale* und *objektive* Berichterstattung. Auch in den deutsch-polnischen Beziehungen und im Kommunikationsprozess über den Nachbarn gewinnen diese Fragen zunehmend an Bedeutung. Bisherige Studien zeigen, dass es sehr zum Verständnis der deutsch-polnischen Kommunikation auf politischer Ebene beitragen kann, sich nicht nur anzuschauen, „was“ kommuniziert wird, sondern auch „wie“ und „mit welchen (rhetorischen) Mitteln“ dies geschieht. Daher gehen wir in der vorliegenden Publikation, aufbauend auf dem kognitionswissenschaftlichen Ansatz des politischen Framing von Elisabeth Wehling (2017), davon aus, dass es nicht (nur) Fakten sind, auf deren Grundlage wir uns ein Bild von Deutschland, Polen und den deutsch-polnischen Beziehungen machen.<sup>2</sup> Folgerichtig basieren auch die politischen Entscheidungen, die auf dieser Grundlage getroffen werden, nicht (nur) auf der Abwägung rein objektiver Fakten. Sie basieren stattdessen (auch) auf Frames.

## Was sind Frames?

Politische Kommunikation beschränkt sich nicht auf die Übermittlung rein faktenbasierter Informationen. Stattdessen funktioniert politische Kommunikation über die Aktivierung so genannter Frames. Immer dann, wenn es darum geht, abstrakte Begriffe, Konzepte und Ideen zu verstehen, aktiviert das menschliche Gehirn Deutungsrahmen, also Frames. Inhaltlich und strukturell basieren Frames auf Alltagserfahrungen, und somit macht die Frame-Semantik abstrakte Konzepte für unser Gehirn über die Ebene der Alltagserfahrungen verständlich (Wehling 2017, S. 28). Die meist auf abstrakten Konzepten beruhenden Inhalte politischer Debatten sind in der Regel in Frames eingebettet, die diese Konzepte mit Bedeutung ausstatten und ihnen Sinn verleihen. Dabei sind Frames notwendigerweise selektiv. Kein Frame ist in der Lage, die politische Wirklichkeit in ihrer Komplexität vollständig und objektiv zu erfassen. Frames fungieren folglich als Filter, die darüber entscheiden, was kommuniziert wird und was unter den Tisch fällt. Gleichzeitig ist politische Kommunikation ohne Rückgriff auf Frames nicht möglich, da erst mit ihrer Hilfe abstrakte politische Konzepte verständlich werden und Bedeutung erhalten (vgl. Wehling 2017, S. 42). Frames legen also nahe, wie über

---

1 Für ihre wichtigen Kommentare, Anregungen und Verbesserungsvorschläge danken wir Justyna Arendarska, Waldemar Czachur und Peter Oliver Loew.

2 Vgl. zum Thema Framing-Analyse im polnischen Kontext: Czachur (2020); Czyżewski (2011); Franczak (2014, 2017); Wasilewski (2019).

ein bestimmtes politisches Thema gesprochen werden kann. Aus diesem Grund fragen wir, wie erwähnt, auch nicht so sehr danach, „was“ oder „warum“ etwas kommuniziert wurde, sondern „wie“, d. h. mithilfe welcher Frames es in den deutsch-polnischen Beziehungen kommuniziert wurde.

Konkret haben wir Artikel des ersten Halbjahrs 2020 aus je vier deutschen bzw. polnischen Tages- und Wochenzeitungen daraufhin untersucht, welches Bild – oder, um näher am Konzept des Framing zu bleiben, welcher Bilderrahmen – in Bezug auf Deutschland, Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen konstruiert und vermittelt wird. Um die Frage nach dem „wie“ zu beantworten, interessierte uns vor dem Hintergrund des Ausbruchs der Corona-Pandemie besonders, welche Themen das Framing der Berichterstattung über das jeweilige Nachbarland bestimmten, wie die deutsch-polnischen Beziehungen geframt wurden und welche Rolle bestimmte Akteur\*innen und Metaphern in der Berichterstattung spielten.

### **Warum untersuchen wir den Zeitraum der ersten Corona-Welle?**

Die zu Beginn des Jahres 2020 auftretende Corona-Pandemie hat in allen Bereichen des Lebens und der Politik zu tiefgreifenden Veränderungen geführt, was auch die deutsch-polnischen Beziehungen nicht unberührt lassen konnte. Unterbrochene Lieferketten, abgesagte Treffen oder geschlossene Grenzen für berufstätige Grenzpendler\*innen sowie Schüler\*innen und Student\*innen beeinträchtigten die bilateralen Kontakte. Gleichzeitig beherrschte die Corona-Krise die mediale Berichterstattung auf der ganzen Welt, so auch in Deutschland und Polen. Angesichts der grenzübergreifenden Dimension der Pandemie berichteten die Journalist\*innen intensiv über die Entwicklungen in anderen Ländern. So konnte man sich in der deutschen und polnischen Presse auch über die Situation jenseits von Oder und Neiße sowie über die Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen informieren.

Diese neue, außergewöhnliche Lage hielt weiterhin an, als wir zusammen mit einer größeren Gruppe von Wissenschaftler\*innen die oben skizzierten Hypothesen entwickelten, die in einer Studie auf Grundlage der Auswertung deutscher und polnischer Presseartikel aus den Jahren 2000 bis 2019 angewendet werden sollen.<sup>3</sup> Um einige dieser Hypothesen zunächst in kleinerem Rahmen zu überprüfen, haben wir uns zu der hier vorgelegten Pilotstudie entschieden, die sich auf die Zeit der ersten Corona-Welle konzentriert. Besonders interessant erschien es uns, zu untersuchen, welches gegenseitige Bild in dieser so spezifischen Situation gezeichnet wurde bzw. welche Frames benutzt wurden, um die Ereignisse im Nachbarland zu erklären.

Bei der Analyse des gegenseitigen Bildes interessierte uns insbesondere, wie Polen bzw. Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen dargestellt wurden. Zudem untersuchten wir, welche Rolle zentrale politische Akteurinnen und Akteure wie Angela Merkel, Jarosław Kaczyński, Donald Trump, Emmanuel Macron und Wladimir Putin in der Berichterstattung über Polen bzw. Deutschland spielten. Schließlich identifizierten wir zentrale Metaphern, die als Deutungsrahmen für unser Bild von Polen bzw. Deutschland fungieren und unseren Blick auf die Geschehnisse im jeweils anderen Land strukturieren.

---

<sup>3</sup> Die Studie ist Teil eines größeren Projekts zur deutsch-polnischen Kommunikation, in dem u. a. das Bild vom jeweils anderen Land in der Presse im Zeitraum 2000 bis 2019 sowie die Bedeutung der Public Diplomacy und der geschichtspolitischen Debatten in den bilateralen Beziehungen und der gegenseitigen Wahrnehmung untersucht werden.

## Welches Quellenmaterial wurde analysiert?

In dieser Studie wurden Artikel aus der Tages- und Wochenpresse ausgewertet. Zwar gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die Leserreichweite von Tages- und Wochenzeitungen abnimmt. Gleichzeitig spielen sie als „meinungsführende“ Medien weiterhin eine zentrale Rolle für die politische Kommunikation, da sich politische Entscheidungsträger\*innen und ihre Umgebung auf sie beziehen und sie als zentrale Kommunikationskanäle nutzen. Aus etablierten Titeln wurden Artikel aus dem ersten Halbjahr 2020 herausgefiltert, die die Stichwörter „Deutschland“/„Polen“ und „deutsch“/„polnisch“ enthielten.<sup>4</sup> Davon ausgewählt wurden im nächsten Schritt jene Artikel, in denen es Hinweise auf die Corona-Krise gab (Stichwörter: „Corona“, „COVID“). Einer qualitativen Analyse wurden schließlich unterzogen: Auf deutscher Seite 102 Artikel der Tageszeitung *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 57 der Tageszeitung *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 10 der Wochenzeitschrift *Der Spiegel* und 11 der Wochenzeitung *Die Zeit* – somit insgesamt 180 Artikel; auf polnischer Seite 74 Artikel der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, 18 der Tageszeitung *Rzeczpospolita*, 10 der Wochenzeitschrift *Sieci* und 26 der Wochenzeitschrift *Polityka* – zusammengenommen 127 Artikel. Deutsche und polnische Texte wurden nach identischen Kriterien codiert. Die inhaltliche Analyse wurde mit Hilfe des Programms MAXQDA vorgenommen, wobei der Schwerpunkt auf der qualitativen und nicht der quantitativen lag.<sup>5</sup>

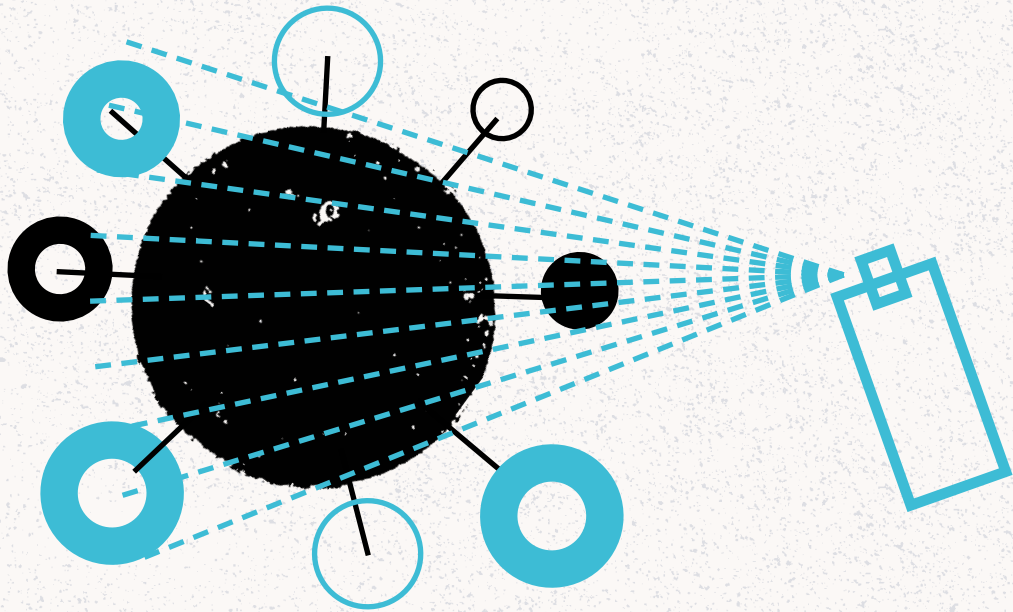
---

4 Im Hinblick auf die in dieser Studie präsentierten Ergebnisse ist darauf hinzuweisen, dass nur Texte in die Analyse gingen, deren Inhalte in unmittelbarem Zusammenhang mit der Corona-Krise standen. So ist etwa davon auszugehen, dass Texte über den polnischen Präsidentschaftswahlkampf, in denen COVID-19 nicht erwähnt wurde, ebenso wenig in die Auswertung kamen wie Texte, die sich zwar mit Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung befassten, allerdings nur auf EU-Ebene und ohne die Begriffe „Deutschland“/„Polen“ zu beinhalten. Dies ist vor allem bezüglich des in diesem Zeitraum an der Weichsel stattfindenden Präsidentschaftswahlkampfes von Bedeutung, der bei deutschen Medien großes Interesse auch abseits der Corona-Problematik hervorrief. Die deutschen Kommentare und Einschätzungen wurden wiederum – wie traditionell üblich – mit Interesse in der polnischen politischen Szene wahrgenommen. Dies ging so weit, dass einer der Kandidaten, der amtierende Präsident Andrzej Duda, bei einem Wahlkampfauftritt der deutschen Presse vorwarf, die Wahlen beeinflussen zu wollen. Das ist allerdings ein Thema, dessen genauere Betrachtung über den Rahmen dieser Studie hinausginge, da es in ihr um die Analyse der deutsch-polnischen Kommunikation im Kontext der Corona-Pandemie geht.

5 Dabei wählten wir einen forschungspragmatischen Ansatz, der Grundsätze der Qualitativen Inhaltsanalyse (QIA) (vgl. z. B. Mayring 2007), insbesondere die Kategorienbildung, mit praxiserprobten methodischen Vorgehensweisen verknüpft, die klassische QIA mit Methoden aus der Frame- und Metaphernanalyse verbinden und mithilfe computergestützter Analyse-Software (hier MAXQDA) zur Anwendung bringen (vgl. z. B. Marsch 2007).

# Der Blick auf den Nachbarn in der Krise

## Allgemeiner Umgang mit der Corona-Krise



In den Berichten über die Corona-Krise im jeweils anderen Land geht es um Themen wie die Zahl der Infizierten, die Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die Reaktionen der Bevölkerung sowie die später eingeleiteten Lockerungen der Beschränkungen des öffentlichen Lebens. Berichtet wird hier wie dort auch über die Lage im Gesundheitswesen sowie über finanzielle Hilfspakete zur Unterstützung der Wirtschaft. Die folgenden Abschnitte präsentieren somit den thematischen Rahmen, auf dem das Framing von Polens bzw. Deutschlands Umgang mit der Corona-Krise beruhte. Gleichzeitig sind Frames notwendigerweise selektiv. Dies zeigt sich auch in den untersuchten Artikeln. So wurde zum Beispiel in der untersuchten deutschen Presse nicht über Umfrageergebnisse zur Meinung der polnischen Bevölkerung über das Krisenmanagement ihrer Regierung berichtet, während derartige Umfragen im Kontext der Berichterstattung über Deutschland sehr wohl in der polnischen Presse Erwähnung finden.

### Deutschlands Blick auf Polen

In der Berichterstattung der deutschen Medien zum Umgang Polens (d. h. der polnischen Regierung und der Gesellschaft) mit der COVID-19-Pandemie standen verschiedene Aspekte im Zentrum der Aufmerksamkeit. Zum einen finden sich in den untersuchten Artikeln aktuelle statistische Daten, etwa die Anzahl der Neuinfektionen, Todesopfer und durchgeführten Tests.

***Alles in allem hat die [polnische] Regierung die Lage nicht im Griff. (FAZ, 22.06.2020)***

***Polens Regierung hat am Mittwoch drastische Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus verkündet. (FAZ, 12.03.2020)***

***In Polen wurden die Corona-Tests restriktiv gehandhabt; es wurde – vor allem am Anfang – um ein Vielfaches weniger getestet als in Deutschland. (FAZ, 22.06.2020)***

***Morawiecki äußerte einmal mehr Genugtuung darüber, dass Polen vor den meisten anderen EU-Ländern harte Maßnahmen ergriffen habe und andere jetzt nachziehen würden. (FAZ, 16.03.2020)***

***Die Polen sind mit Ausgangsbeschränkungen in der Corona-Krise nicht zimperlich: Parks und Boulevards, selbst Wälder und***

Weiterhin informieren die Beiträge über Corona-bedingte Einschränkungen sowie Lockerungen, die Lage im Gesundheitswesen, (finanzielle) Unterstützungsmaßnahmen der Regierung sowie kritische Reaktionen von Teilen der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Hilfen und Proteste.

Dabei erscheint die Bewertung des Umgangs der polnischen Regierung mit der COVID-19-Pandemie seitens der deutschen Medien durchaus ambivalent. Einerseits wurde über im Vergleich zu Deutschland und angesichts verhältnismäßig niedriger Infektionszahlen (25 Infizierte am 12. März) „drastische Maßnahmen“ (FAZ, 12.03.2020) der Regierung berichtet (z. B. Grenzschließung, polizeilich kontrollierte Quarantäne, Maskenpflicht, Schließung von Restaurants, Geschäften, Parks, Schulen und Kitas sowie weitgehende Ausgangsbeschränkungen). Danach mussten polnische Staatsbürger\*innen, die aus dem Ausland zurückkehren, „ausnahmslos“ (FAZ, 16.03.2020) für vierzehn Tage in Quarantäne, während Ausländer\*innen bis auf wenige Ausnahmen die Einreise verwehrt blieb. In diesem Zusammenhang wurde sowohl der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki erwähnt, der die „harte[n] Maßnahmen“ Polens zur Eindämmung der Pandemie verteidigte, als auch die politische Opposition und deren generelle Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung. Andererseits kamen in der deutschen Presse mehrfach Stimmen zu Wort, die die niedrige Zahl durchgeführter Tests in Polen bemängelten und die offiziellen Infektions- und Todeszahlen generell in Frage stellten. Mit der Verschärfung der Pandemie in Polen in Form steigender Infektionszahlen und vermehrter Todesfälle rückte die Kritik am Umgang der polnischen Regierung mit der Corona-Krise in den Vordergrund der Medienberichterstattung. Dabei ging es auch um die Umsetzung eines Sondergesetzes (genannt „Anti-Krisen-Schirm“), das staatliche Unterstützung für die von den Einschränkungen betroffenen Unternehmen vorsah sowie für Eltern, die aufgrund der Schul- und Kitaschließungen ihrer beruflichen Tätigkeit nicht wie bisher nachgehen konnten. So wurde beispielsweise berichtet „über teils monatelange Verzögerungen bei der Bearbeitung von Hilfsanträgen durch eine überlastete Bürokratie“ (SZ, 30.05.2020).

Einige Presseartikel widmeten sich ausführlich dem Zustand des polnischen Gesundheitswesens und den krisenbedingten Herausforderungen in diesem Bereich. Dabei wurde vor allem auf strukturelle Probleme wie die zu geringe finanzielle Ausstattung und den Mangel an medizinischem Personal verwiesen, was das Gesundheitssystem im Angesicht der Pandemie besonders unter Druck setze. Die Presse berichtete mittels O-Tönen von Betroffenen über schlechte Arbeitsbedingungen, etwa aufgrund niedriger Gehälter und Personalmangel, über das Ausbleiben von Tests

***Friedhöfe sind für die Öffentlichkeit geschlossen. (SZ, 25.05.2020)***

***Die Arbeit des Ministers Szumowski, selbst Arzt, sowie das allgemeine Vorgehen wurden auch von manchen Kritikern der Regierung gelobt. (FAZ, 12.03.2020)***

***Polens unterfinanziertes Gesundheitssystem ist für Corona kaum gewappnet. (SZ, 21.03.2020)***

***Die Epidemie trifft in Polen auf ein Gesundheitssystem, das in Ruinen liegt. (SZ, 21.03.2020)***

***„Tatsächlich bin ich entlassen worden, weil ich die Wahrheit gesagt habe – und um anderen Medizinern zu zeigen: Klagt nicht, kommentiert nicht, kritisiert nicht“, sagt die Hebamme. (SZ, 04.03.2020)***

***Es sei allgemein bekannt, „dass unser Land nicht ausreichend gut auf den Kampf gegen die Verbreitung der Epidemie vorbereitet ist“, [...] [so] der Präsident des Polnischen Ärzterates. Über alle Mängel hätten die Ärzte die Regierung ausführlich unterrichtet. (SZ, 04.03.2020)***

***Viele Krankenhäuser sind nicht in der Lage, die Ausbreitung des Virus auf ihren Stationen zu stoppen. Die alte Misere des unterfinanzierten polnischen Gesundheitswesens macht sich schmerzhaft bemerkbar. (FAZ, 05.04.2020)***

***Wie Polens Regierung Kritik am Gesundheitswesen unterdrückt. (SZ, 04.03.2020)***

beim medizinischen Personal und bei Patient\*innen, sowie einen Mangel an Schutzkleidung wie Kitteln, Masken und Einweghandschuhen. Wegen der niedrigen Löhne würde das Krankenpflegepersonal oft noch Nebenjobs in anderen medizinischen Einrichtungen nachgehen, was das Infektionsrisiko erhöhe. Zudem helfe der polnische Staat zu wenig. Darüber hinaus wurde über Fälle berichtet, in denen eine Kritik von Seiten des medizinischen Personals unmittelbare persönliche Konsequenzen bis hin zur Entlassung nach sich gezogen habe.

Zudem wurde immer wieder über die aktuelle Situation in Polen vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie in Kurzbeiträgen berichtet, die neben Polen auch andere (europäische) Länder in den Blick nahmen. Diese Art der Berichterstattung folgte in der Regel einem deskriptiven und neutralen Stil. Einen deutlich ambivalenteren Ton trafen die teils reportageartigen Artikel über die Situation von Betroffenen, etwa polnischen Grenzpendler\*innen, Ärzt\*innen oder anderem medizinischen Personal. Hier wurde vor allem mittels O-Tönen von Betroffenen teilweise Kritik am Umgang der polnischen Regierung mit der Pandemie geäußert.

Im überwiegenden Teil der Artikel wurde Polen neutral oder ambivalent dargestellt, wenngleich regierungskritische Stimmen aus Politik und Bevölkerung vergleichsweise viel Raum erhielten.

### **Polens Blick auf Deutschland**

Auch in den Artikeln der polnischen Presse zur COVID-19-Situation in Deutschland ging es neben den statistischen Fallzahlen (Ansteckungen, Tests, Todesopfer) vor allem um die Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, somit um die Abfolge von Verschärfungen und Lockerungen der Restriktionen – ein Thema, das sogar Einzug hielt in die Sportberichterstattung über Deutschland. Weitere Themen bildeten die Situation im Gesundheitswesen und das Verhalten der Gesellschaft in Zeiten der Pandemie einschließlich der Proteste gegen auferlegte Beschränkungen. Die Schilderungen der Lage der von Rezession bedrohten deutschen Wirtschaft wurden häufig mit Folgeabschätzungen für Polens Wirtschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen verknüpft (diesem Thema ist weiter unten ein gesondertes Kapitel gewidmet).

Die Berichte über COVID-19 in Deutschland setzten ein, als im Februar/März 2020 in Nordrhein-Westfalen eine größere Zahl von Infektionen nachgewiesen und eine mögliche schnelle Ausbreitung des Virus erstmals diskutiert wurde. Zu den ersten gemeldeten Geschehnissen gehörten etwa solche, wonach „das Gesundheitsministerium mit großer Dringlichkeit eine

**Polens Krankenhäuser sind auf das Coronavirus nicht vorbereitet.**  
(SZ, 04.03.2020)

**Polen hat lange wenig in sein Gesundheitssystem investiert. Und es hat das Coronavirus wie der Rest Europas als fernes Problem angesehen.**  
(SZ, 04.03.2020)

**„Ein Gesamtkonzept für die Krankenhausinfrastruktur“, so nennen Bund und Länder in Berlin den am Dienstag vereinbarten Aktionsplan. Kernstück des Plans ist es, die Zahl der Intensivbetten in Deutschland – derzeit 28.000 – durch den Aufbau provisorischer Intensivkapazitäten im ganzen Land zu verdoppeln.**  
(GW, 24.03.2020)

**Im Falle Bayerns hat sich die Ausbreitung der Pandemie seit Ende März deutlich beschleunigt. Heute ist es das am stärksten von COVID-19 betroffene deutsche Bundesland.** (Sieci, 26.04.2020)

**„Wir müssen konsequent bleiben, wir müssen weiterhin unter Pandemiebedingungen arbeiten“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag und**



Million OP-Masken [...] kaufte“, „Menschen die Lebensmittelgeschäfte stürmten, um abgepackte Lebensmittel zu kaufen“ und man „bei Desinfektionsmitteln nur noch leere Regale“ vorfinde (GW, 05.03.2020). Auch Probleme im Gesundheitswesen, das auf eine Epidemie nicht vorbereitet sei, wurden vermeldet: „Ärzte beschwerten sich darüber, dass sie nichts haben, um sich vor dem Coronavirus zu schützen“ (GW, 06.03.2020). Und auch erste Regierungsmaßnahmen wurden thematisiert: „Masken, Schutzkleidung, Brillen und Einmal-Handschuhe dürfen nicht mehr exportiert werden. Die Bundesregierung hat sich auch mit der Frage einer angemessenen Versorgung der Krankenhäuser befasst“ (GW, 06.03.2020). In der Folgezeit wurde über konkrete Maßnahmen in diesem Bereich berichtet, etwa die Verdoppelung der Zahl der Intensivbetten. Unter Berufung auf Äußerungen aus der Ärzteschaft wurde jedoch auch vermerkt, dass dies wenig bringe, wenn man nicht auch das Personal entsprechend aufstocke. Positiv erwähnt wurde hingegen die Testung bestimmter Personengruppen. Ab Mai ging es dann um die Lockerungen der Hygienevorschriften in den Bereichen Einzelhandel, Dienstleistungen und Schulen.

Auch die Diskussionen über das Verbot von Gottesdiensten, die Schließung von Schulen und die recht hohe Akzeptanz dieser Maßnahmen in der Bevölkerung waren Themen der Berichterstattung. Die Journalisten registrierten, dass die Zustimmung zur Regierung Merkel in dieser Phase der Pandemie wuchs, die Deutschen folglich mit den getroffenen Entscheidungen und dem Regierungsstil der Kanzlerin zufrieden waren. Dieser Stil beruhe – wie Artikel von *Gazeta Wyborcza*, *Polityka* und *Rzeczpospolita* aufzeigten – auf der Übermittlung klarer Botschaften auf Grundlage zuvor eingeholter Expertise sowie wiederholten Hinweisen auf den Ernst der Lage, verbunden mit dem Aufruf zu gemeinsamen Anstrengungen.

Das Maßnahmenpaket für die Wirtschaft wurde von den genannten Blättern als unbürokratisches und somit unternehmerfreundliches Regierungshandeln dargestellt, mittels dessen schnell geholfen werden konnte. Auch die vereinfachte Möglichkeit der Kreditaufnahme zwecks Liquiditätssicherung fanden Erwähnung. Zur Vermeidung eines starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit seien die Mittel zur Finanzierung von Kurzarbeit durch die Bundesagentur für Arbeit erheblich aufgestockt worden. Zitiert wurde diesbezüglich der Bundeswirtschaftsminister mit den Worten: „Kein gesundes Unternehmen sollte wegen Corona in die Insolvenz gehen, kein Arbeitsplatz sollte verlorengehen“ (GW, 18.03.2020).

Die mit Abstand meisten Artikel zum Thema der Bekämpfung der Pandemie und zur Abfederung ihrer Folgen erschienen in

***forderte die Bürger auf, die bestehenden Einschränkungen während der Feiertage zu beachten. Sie kündigte auch an, dass am Montag ein Bericht einer Expertengruppe fertig sei, den die Regierung am kommenden Dienstag aufgreifen werde. Im Moment bleibe alles beim Alten. (Rz, 10.04.2020)***

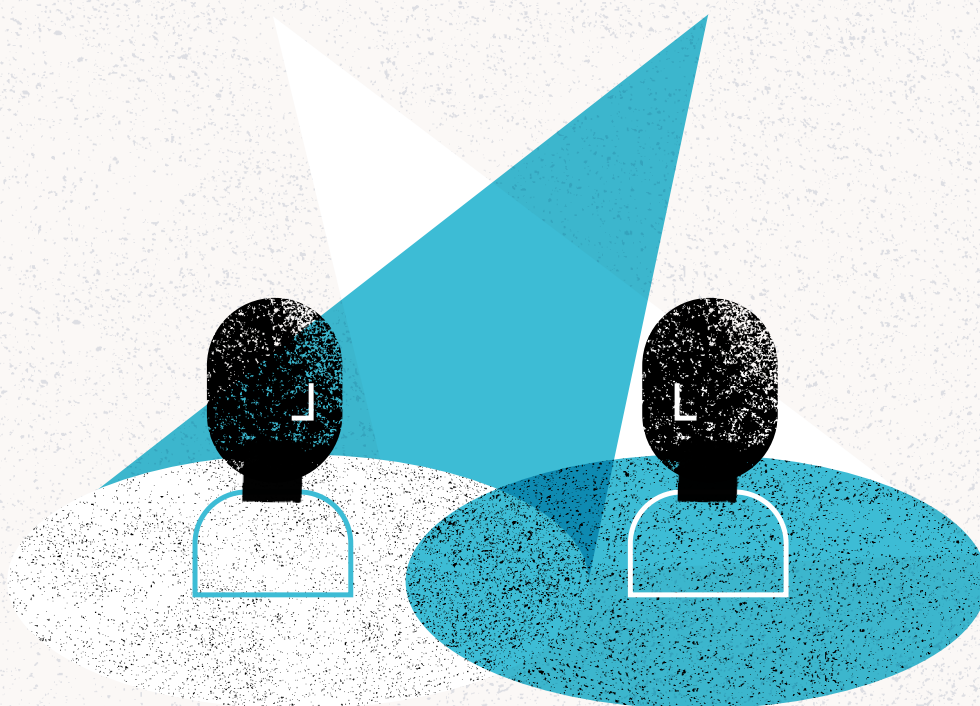
***In einer Zeit der Angst, der Ungewissheit und des undenkbar erscheinenden Wandels suchen die Deutschen nach Sicherheit. Sie stehen hinter der Regierung und loben sie für ihre starke Reaktion auf die entstandenen Herausforderungen, laut einiger Studien sogar bis zu 90 Prozent. Die Deutschen befürworten Einschränkungen beim Verlassen ihrer Wohnungen und die Aussetzung des öffentlichen Lebens. Jeder Dritte wünscht sich sogar noch schärfere Maßnahmen. (GW, 28.03.2020)***

***Am 15. April kündigte die Kanzlerin nach Beratungen im Bundeskabinett und mit den Ministerpräsidenten der Länder erste vorsichtige Schritte zur Aufhebung von Restriktionen an. Die Entscheidung beruhte auf den Empfehlungen einer Studie von 26 Wissenschaftlern der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Leopoldina, die auch in den Medien zu einer teils hitzigen inhaltlichen Debatte geführt hatten. (POLITYKA, 21.04.2020)***

der *Gazeta Wyborcza*. Viele davon waren Übersichtsdarstellungen zur Pandemielage in mehreren Staaten und umfassten thematisch das Handeln sowohl der Regierungen als auch der Gegner pandemiebedingter Einschränkungen sowie die Lage der Gesundheitssysteme. Deutschland kam darin als ein Land unter anderen vor, über das in Form und Umfang nicht anders berichtet wurde als über die übrigen (europäischen) Länder; die Verfasser dieser Artikel sind keine ausgewiesenen Deutschlandkenner. In etwas ausführlicheren Texten, die über die üblichen Lagebeschreibungen hinausgingen, wurde Deutschland eine aktive, gestaltungswillige Politik in der Pandemie bescheinigt, nicht gewillt, sich der Situation zu ergeben.

Der Tenor der Berichte über die Situation in Deutschland war meist neutral oder ambivalent. In letzteren Fällen wurden positive und negative Entwicklungen aufgezeigt oder Maßnahmen der deutschen Behörden differenziert bewertet.

## ***Das Bild vom Anderen***



Die Bilder vom jeweils anderen Land, welche die polnische und deutsche Presse während der ersten Corona-Welle zeichneten, lassen sich schwer miteinander vergleichen, da in Polen in dieser Zeit auch noch der Präsidentschaftswahlkampf stattfand. Diese politische Auseinandersetzung, in Verbindung mit dem anhaltenden Pandemiegeschehen und den damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, war ein zentrales Thema für die deutschen Journalist\*innen. Oft wurden in diesem Zusammenhang die

Funktionstüchtigkeit des polnischen demokratischen Systems und die von der Regierung der Vereinigten Rechten darin eingeführten Veränderungen thematisiert. Dementsprechend spielten die politischen Auseinandersetzungen im polnischen Wahlkampf eine zentrale Rolle für das Framing des Landes in der deutschen Presse. Und so wurde im Prinzip jede politische Entscheidung von Regierungsseite als wahltaktisches Manöver interpretiert. Die polnische Berichterstattung konzentrierte sich eher auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, wobei – wie häufig im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen – die Situation in Deutschland als Bezugspunkt für Polen dargestellt wurde. Dieses Framing Deutschlands als Bezugspunkt für Polen verengt das Deutschlandbild auf Aspekte, die für die Bestimmung von Polens Rolle zentral erscheinen, also etwa die Frage nach der Funktions- und Leistungsfähigkeit deutscher Institutionen in Krisenzeiten oder der Bedeutung Deutschlands für die europäische Integration. Die folgende eingehende Analyse dieser Artikel wird zeigen, welches differenziertes Bild der Lage in Deutschland dabei entstanden ist.

## **Polens Bild in den deutschen Medien**

### **Präsidentenwahlen in Corona-Zeiten**

Es war nicht der Umgang der polnischen Regierung mit der Pandemie, der im Mittelpunkt der deutschen Berichterstattung zum Nachbarland stand, sondern es waren die Präsidentenwahlen vor dem Hintergrund der Corona-Krise. 92 von 180 Artikeln zum Thema Polen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie befassten sich mit den bevorstehenden Präsidentenwahlen. Bereits vor dem Ausbruch der Pandemie galt die bevorstehende Wahl des polnischen Staatsoberhauptes als Schicksalswahl, als letzte Chance der Opposition in einem Wahlmarathon, um der von der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) geführten Regierung Paroli zu bieten. Nicht zuletzt aufgrund der umstrittenen Reformen im polnischen Justizwesen, die zu einem Rechtsstaatlichkeitsverfahren der EU geführt hatten, stand die deutsche Presse der aktuellen polnischen Regierung eher kritisch gegenüber.

In der Berichterstattung lag der Fokus vor allem auf den Schwierigkeiten, die die Organisation von Präsidentenwahlen in Pandemiezeiten mit sich bringt. So wurde über die Versuche der polnischen Regierung berichtet, die Wahlen durch die kurzfristige Einführung der allgemeinen Briefwahl am ursprünglich anvisierten Wahltermin am 10. Mai 2020 stattfinden zu lassen. Weiter berichteten die Medien ausführlich über den Vorstoß des damaligen Vizepremierministers Jarosław Gowin, per Verfassungsänderung die Amtszeit des Präsidenten auf

sieben Jahre zu verlängern und die Wahlen dementsprechend um zwei Jahre zu verschieben. Schließlich verkündeten die Medien im untersuchten Zeitraum die letztliche Einigung zwischen Gowin und dem Parteichef der PiS, Jarosław Kaczyński, die Wahl nicht stattfinden zu lassen und es der Parlamentspräsidentin zu überlassen, einen neuen Wahltermin festzulegen. Zudem wurde dem Präsidentschaftskandidaten der oppositionellen *Bürgerkoalition* (KO), Rafał Trzaskowski, der sich laut Umfragen berechnete Hoffnungen auf den Wahlsieg machen durfte, viel Raum in der Berichterstattung gegeben. In den folgenden Abschnitten soll es allerdings weniger um die Darstellung und Analyse der polnischen Präsidentschaftswahlen 2020 gehen, sondern vielmehr um die Frage, „wie“ Polen im Zusammenhang mit den Wahlen in den deutschen Medien dargestellt wurde.

### **Ist Polen schon verloren? Zum Niedergang der europäischen Demokratie östlich von Oder und Neiße**

Nach ihrem Wahlsieg 2015 brachte die PiS-geführte polnische Regierung alsbald Reformen im Justizwesen und im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien auf den Weg, die nicht zuletzt im Ausland durchaus kritisch beäugt wurden. So auch in Deutschland, wo sich die Presseberichterstattung weitgehend einig war, dass die Reformen eine potenzielle Gefährdung demokratischer Standards darstellen, darunter etwa der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit. Vor dem Hintergrund der Debatte um den Termin der Präsidentschaftswahlen in Zeiten der Corona-Pandemie sah die deutsche Presse die polnische „Demokratie in Gefahr“ (FAZ, 04.04.2020). Dabei ging es einerseits um Fragen der Fairness, wenn aufgrund von Einschränkungen des Versammlungsrechts ein traditioneller Wahlkampf kaum möglich sei und der amtierende Präsident durch seine offizielle Funktion und der damit verbundenen medialen Präsenz sich einen klaren Vorteil gegenüber den übrigen Kandidaten verschaffe. Andererseits befassten sich die deutschen Medien mit der Frage, ob die kurzfristige Einführung der allgemeinen Briefwahl im Einklang mit der polnischen Verfassung stehe und demokratischen Standards genüge. Der Tenor der deutschen Medienvertreter\*innen zu diesem Thema fiel weitgehend negativ aus. Der polnischen Tageszeitung *Rzeczpospolita* folgend sah beispielsweise die Tageszeitung *Die Zeit* Polen auf dem Weg in eine „Epidemiokratie“ (ZEIT, 07.05.2020). Die *Süddeutsche Zeitung* hingegen fand zwar die Aussage, Polen sei „auf einem Weg in die Diktatur“, „übertrieben“, attestierte dem Land jedoch „Merkmale eines autoritären Regimes“ (SZ, 30.03.2020). Insbesondere in den zahlreichen Volten rund um den Termin der Präsidentschaftswahlen sahen die deutschen Medienvertreter\*innen eine Verletzung der in der EU üblichen „demokrati-

***Die Wahl wird, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Rechts- und Verfassungsverstöße, lediglich eine Pseudo-Abstimmung.***  
(SZ, 08.05.2020)

***Polens Demokratie in Gefahr***  
(FAZ, 09.05.2020)

***Beschädigte Demokratie***  
(FAZ, 08.05.2020)

***Denn ihre Volten im Umgang mit Wahl und Amt des Präsidenten haben nichts mehr mit den demokratischen Gepflogenheiten und der Rechtsstaatlichkeit in einem EU-Land gemein.*** (SZ, 08.05.2020)

***Aber demokratische Standards interessieren die Regierungspartei PiS offensichtlich nicht.***  
(SZ, 04.04.2020)

***Die OSZE und das Europaparlament haben gewarnt, aufgrund der weitgehenden Einstellung des Wahlkampfes und der unklaren Rechtslage sei eine freie und faire Wahl nicht möglich.***  
(FAZ, 24.03.2020)

***Und was ist mit der Justizreform der PiS? Was mit der Beschädigung der Demokratie?*** (ZEIT, 07.05.2020)

***Die Gefahr ist noch nicht gebannt, dass in Polen in diesem Jahr eine Präsidentenwahl unter irregulären Bedingungen stattfindet.***  
(FAZ, 08.05.2020)

schen Gepflogenheiten“ (SZ, 08.05.2020) bzw. „demokratische[n] Standards“ (SZ, 04.04.2020). Um diese Einschätzung zusätzlich zu untermauern, beriefen sich die deutschen Medien auch die Aussagen Dritter, etwa der OSZE oder der EU, die unter den gegebenen Umständen die Voraussetzung für „eine freie und faire Wahl“ (FAZ, 23.04.2020 9) für nicht gegeben hielten. Dabei sah die deutsche Presse durch die Möglichkeit „eine Präsidentenwahl unter irregulären Bedingungen“ (FAZ, 08.05.2020) abzuhalten, die Legitimität des aus einer solchen Wahl hervorgegangenen Staatsoberhaupt an sich infrage gestellt. Dies zeigte sich auch in Artikeln etwa der *Süddeutschen Zeitung*, in denen von einer „Pseudo-Abstimmung“ (SZ, 08.05.2020) die Rede war.

### **Steht Polen kurz vor dem „Staatsstreich“?**

Die deutschen Medien äußerten jedoch nicht nur die oben geschilderten Befürchtungen einer Beschädigung des polnischen Präsidentenamtes angesichts der Möglichkeit, dass die Wahl demokratischen Standards nicht genügen könnte. Vielmehr zeigten sich die Autoren in zahlreichen Artikeln besorgt, dass die Umstände der Präsidentschaftswahl die Fundamente der polnischen Demokratie insgesamt zu untergraben drohten. Angesichts der Bemühungen der polnischen Regierung, trotz der Corona-Pandemie und den weitgehenden Ausgangs- und Versammlungsbeschränkungen am ursprünglich anvisierten Wahltermin festzuhalten und die Wahl durch die kurzfristige Einführung der allgemeinen Briefwahl zu ermöglichen, wähten die deutschen Medien Polen kurz vor einem „Staatsstreich“ (SZ, 30.03.2020) bzw. „am Rande einer Staatskrise“. (ZEIT, 07.05.2020). Die *Süddeutsche Zeitung* warf der polnischen Regierung in diesem Zusammenhang Manipulation vor und bezeichnete das Festhalten am Wahltermin vor dem Hintergrund der Epidemielage als „undemokratisch“ (SZ, 30.03.2020). Auch wurde die Wahl zur Schicksalswahl erhoben, die möglicherweise über die Zukunft der polnischen Demokratie als solches entscheiden werde (ZEIT, 07.05.2020). Gleichzeitig ließ die deutsche Presse bisweilen auch Vertreter der polnischen Regierung zu Wort kommen, der sie im Kontext der Wahlberichterstattung insgesamt eher kritisch begegnete. So erklärte etwa der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Dies werden im demokratischen Sinne unmittelbare, gleiche, allgemeine und geheime Wahlen sein. So war es in Polen, und so wird es immer sein. Die Behauptung, es könne anders sein, ist absolut unannehmbar“ (FAZ, 26.05.2020). Zwar überwogen eindeutig Artikel, die der Handhabung des Wahlprozesses durch die PiS kritisch gegenüberstanden, aber es wurde zugleich deutlich gemacht, dass es in Polen neben Regierungskritiker\*innen auch eine große Zahl von Unterstützer\*innen der aktuellen Staatsführung

***Schon die Parlamentswahl im Herbst 2019 war zwar frei, aber angesichts weitreichender Diskriminierung der Opposition kaum mehr fair. Noch drastischer wird nun im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl im Mai manipuliert. (SZ, 30.03.2020)***

***Ex-Ministerpräsident Leszek Miller nannte die geplante Briefwahl [...] ein „Mai-Attentat“ und eine „Wahl-Farce“. (SZ, 08.04.2020)***

***Ging es zu Beginn der Diskussion über eine Wahlverschiebung noch in erster Linie um die gesundheitlichen Gefahren und die Unmöglichkeit eines fairen Wahlkampfes, so stand am Ende die Integrität des ganzen Wahlprozesses in Frage. (FAZ, 09.05.2020)***

***Lässt Polens faktischer Herrscher Jarosław Kaczyński jetzt den neuen Präsidenten wählen, hat dies nichts mit einer freien und fairen Abstimmung zu tun. (SZ, 05.05.2020)***

***Mitten in der Corona-Epidemie taumelt die vergleichsweise junge polnische Republik am Rande einer Staatskrise. (ZEIT, 07.05.2020)***

***Polen ist ein zerrissenes Land. (ZEIT, 25.06.2020)***

gibt, wenngleich letztere weniger häufig in der deutschen Presse zu Wort kamen. Folgerichtig beschrieb die deutsche Presse Polen im Rahmen des Wahlkampfes als „zutiefst gespaltenes“ (ZEIT, 07.05.2020) und „zerrissenes Land“ (ZEIT, 25.06.2020).

### **Die polnische Regierung als Krisengewinnler?**

Anknüpfend an die oben beschriebene Wahrnehmung Polens als zunehmend undemokratisches Land, das in Richtung Autoritarismus abdriftet, lässt sich ein weiteres Motiv erkennen, das zur Darstellung Polens, genauer gesagt der gegenwärtigen polnischen Regierung, in den deutschen Medien genutzt wurde. Es ist das Motiv der polnischen Regierung als Krisengewinnler. Aus dieser Sicht diente die Pandemiesituation der polnischen Regierung als Vorwand „zur Ausschaltung demokratischer Verfahren“ (FAZ, 08.04.2020). Dabei sahen die deutschen Medien vor allem den Vorsitzenden der Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński, als Drahtzieher. Demnach habe Kaczyński die durch die Pandemie entstandene „Verunsicherung nutzen [wollen], um die Wiederwahl des regierungstreuen Präsidenten Andrzej Duda zu sichern“ (ZEIT, 07.05.2020) und „Demokratie und Rechtsstaat weiter zu demontieren“ (SZ, 30.03.2020). Dabei sei die Situation in Polen kein Einzelfall, sondern vielmehr ein Beispiel für einen generellen Trend. So verglich etwa die Süddeutsche Zeitung unter dem Titel „Verlockungen des Ausnahmezustands“ (SZ, 09.04.2020) die Situation in Polen mit der in Staaten wie Russland oder der Türkei und rückte Polen damit in die Nähe autoritärer Regime.

### **Das Bild Deutschlands in den polnischen Medien**

#### **Gut funktionierendes Land versus Chaos-Staat**

Aus den polnischen Artikeln über Deutschland entsteht sowohl das Bild eines gut organisierten Gemeinwesens, das von umsichtigen, strategisch denkenden Politikern und Beamten regiert wird, als auch das Bild eines Landes, in dem die Pandemie zu chaotischen Zuständen führt.

Gazeta Wyborcza und Polityka, aber auch einzelne Artikel in Rzeczpospolita und Sieci, beschrieben den Umgang der deutschen Politik und Verwaltung im Kontext von COVID-19 als schnelles, effizientes Handeln, das es der Bevölkerung und den Unternehmen ermöglicht, diese Krise zu überstehen. Die gelungene Strategie, eine möglichst große Zahl von Bürgern zu testen, sowie die Unterstützungsmaßnahmen für das Gesundheitssystem dienten als Beispiele, anhand derer gerade die Gazeta Wyborcza nicht selten die polnische und die deutsche Situation verglich,

*Trotz Corona-Krise hat Jarosław Kaczyński alles dafür getan, die Stimmabgabe per Briefwahl zu organisieren. Er will die Verunsicherung nutzen, um die Wiederwahl des regierungstreuen Präsidenten Andrzej Duda zu sichern.*  
(ZEIT, 07.05.2020)

*Um die Demokratie war es in Ungarn oder Polen schon vor der Corona-Krise schlecht bestellt – jetzt nutzt Polens faktischer Herrscher Jarosław Kaczyński Corona, um Demokratie und Rechtsstaat weiter zu demontieren.* (SZ, 30.03.2020)

*In Polen ist [...] der Versuch zu beobachten, die Corona-Pandemie zur wohl dauerhaften Unterminierung der Demokratie zu nutzen.*  
(FAZ, 04.04.2020)

*Bundesländer und Bundesregierung reagierten unverzüglich.*  
(POLITYKA, 17.04.2020)

*In Berlin hat man in Minuten-schnelle per Internet einen Antrag auf Unterstützung ausgefüllt und abgeschickt. Für diese Soforthilfemaßnahmen sind nur grundlegende Angaben erforderlich [...]. Am nächsten Tag sind 9.000 oder 15.000 Euro auf ihrem Konto.*  
(POLITYKA, 21.04.2020)

*Der Plan wurde von den Deutschen akribisch-minutiös vorbereitet.*  
(GW, 27.04.2020)

um zu zeigen, dass beim Nachbarn besser regiert wird. Hingewiesen wurde in den genannten Medien auch auf die großzügigen Wirtschaftshilfen und auf den Umstand, dass auch in anderen Bereichen – bis hin zu Sport und Kultur – Genauigkeit und Planmäßigkeit das Handeln bestimme. Bisweilen wurde diese „Diszipliniertheit“ in der Presse auch ironisiert, da sie der polnischen Vorstellung des stereotypen Deutschen so genau entspricht.

Jene Artikel, in denen wiederum aufgezeigt wurde, dass Deutschland vom Chaos beherrscht und sichtlich in Probleme geraten ist (*Gazeta Wyborcza*, *Rzeczpospolita*, *Polityka*), bezogen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Innenpolitik und Pandemiebekämpfung. Bei ersterem handelte es sich um innerparteiliche Zwistigkeiten bei der *Alternative für Deutschland* (AfD) und der *Christlich Demokratischen Union* (CDU), die hier verhältnismäßig detailliert analysiert und als Kampf mit harten Bandagen beschrieben wurden. Es ging um die sog. Corona-Gegner, die die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ablehnten und auch nicht davor zurückschreckten, Politiker\*innen und Expert\*innen, die für diese Maßnahmen stehen, zu bedrohen und zu Regelüberschreitungen bei Protestveranstaltungen aufriefen. Die Rede war ferner von Verstößen gegen die Corona-Regeln durch Veranstalter privater Feiern oder bei religiösen Versammlungen. Nicht selten seien die Gegner von Corona-bedingten Restriktionen Anhänger rechter Gruppen, die behaupteten, „dass die Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu einer inakzeptablen Beschneidung der persönlichen Freiheit führen“ (Rz, 03.06.2020). Auf diese Weise werde versucht, aus der Unzufriedenheit bestimmter Bevölkerungskreise politisches Kapital zu schlagen. Den polnischen Presseberichten zufolge erkenne man das in Deutschland herrschende Chaos auch im Zusammenhang mit logistischen Problemen bei der Beschaffung von Schutzmasken, dem Kompetenzgerangel samt gegenseitiger Vorhaltungen zwischen verschiedenen Behörden sowie dem Mangel an Schutzmaßnahmen in den Krankenhäusern. Außerdem seien aus Regierungskreisen vertrauliche Informationen über das Pandemiegeschehen an die Öffentlichkeit gelangt.

Für Journalist\*innen von *Gazeta Wyborcza* und *Polityka* lag die Ursache dieses Chaos in der föderalen Verfasstheit Deutschlands begründet. Dies führe zu Problemen, wenn der Bund zur Verhängung bestimmter Restriktionen nicht befugt sei und dem uneinheitlichen Vorgehen der Länder nicht Einhalt gebieten könne.

***Überall steckt der Fußball im gleichen Dilemma, aber die Deutschen kommen, wie immer, am schnellsten heraus. Sie lassen sich etwas einfallen, machen gut durchdachte Vorschläge.***  
(GW, 27.04.2020)

***Die Deutschen, ein von Natur aus diszipliniertes Volk, ordnen sich im Angesicht der Gefahr der Regierung unter. (Sieni, 10.05.2020)***

***Im Land machen Appelle von Medizinern aus Bayern die Runde, die ihre Schutzbrillen im Baumarkt kaufen oder ihrer Arbeit mit Schwimmbrille nachgehen.***  
(GW, 06.03.2020)

***Doch selbst in Deutschland legte die Pandemie die Schwächen einiger Institutionen bloß: etwa die Defizite im Bildungssystem und die Versäumnisse bei der Digitalisierung eines Landes, in dem die Internetversorgung auf erstaunlich niedrigem Niveau ist. Darüber hinaus wurde die Abhängigkeit von China bei Schutzausrüstungen augenfällig.***  
(GW, 02.05.2020)

## Bezugspunkt Deutschland

Für die polnischen Autor\*innen ist Deutschland nach wie vor den Bezugspunkt, an welchem sie die Situation in Polen und anderen Ländern messen. Bei diesen Vergleichen kommt die politische Orientierung des jeweiligen Journalisten und seine Einstellung zu beiden Ländern deutlich zum Vorschein. Eine Vielzahl der Artikel der Gazeta Wyborcza verwies auf Deutschland als ein Land, das den Kampf gegen die Pandemie effizienter führte als Polen: das Gesundheitssystem sei leistungsfähiger, besser vorbereitet und auf die aktuellen Erfordernisse abgestimmt. Außerdem hätten die politischen Entscheidungsträger in größerem Maße das Wohl der Bürger und das Funktionieren von Staat und Wirtschaft im Blick. Dagegen verwies das Wochenblatt Sieci im Zusammenhang mit den als Briefwahl geplanten Präsidentschaftswahlen in Polen auf eine gewisse Doppelzüngigkeit in den deutschen Medien. Einerseits kritisierten diese die Wahlorganisation der polnischen Regierung in Zeiten der Pandemie, lobten andererseits aber, wie reibungslos diese Form der Stimmabgabe in Bayern (bei den dortigen Kommunalwahlen) praktiziert worden sei.

### Vom Integrationsmotor zum arroganten Hegemonen

Nach Einschätzung der Autor\*innen von Gazeta Wyborcza, Polityka und Rzeczpospolita zeigte allein Deutschland das wirtschaftliche und politische Potential, um in der Europäischen Union die führende Rolle eines Motors der Integration zu übernehmen. Darüber hinaus sei die europäische Integration für die Deutschen selbst eine politische Notwendigkeit und wirtschaftlich von Vorteil. Doch obwohl es – nach Ansicht genannter Medienvertreter\*innen – vor diesem Hintergrund Deutschlands Verpflichtung sein sollte, zu führen, wolle es diese Rolle, trotz entsprechender Erwartungen, nicht immer übernehmen.

In einigen Beiträgen der Wochenzeitschrift Sieci wurde suggeriert, die Deutschen strebten nach Hegemonie, handelten heuchlerisch, beuteten Polen aus und behandelten es von oben herab. Deutsche Medien, so das Wochenblatt weiter, berichteten über Polen permanent in einem belehrenden Ton (dazu ausführlicher unten), seien voreingenommen und lügen. Die Einschätzung der Polen-Berichterstattung der deutschen Medien wurde sogar zu einer Kontroverse zwischen polnischen Zeitschriften. So monierte Polityka deutschlandfeindliche Meinungsäußerungen in (von der Regierung gelenkten) öffentlichen oder regierungsfreundlichen Medien mit dem Hinweis auf „antideutsche Phobien und unkritische Materialien zur polnischen Geschichte“ (POLITYKA, 26.05.2020).

*Na, wenn Deutschland seine Ärzte nicht schützen kann, wie könnte es dann Polen. (GW, 31.03.2020)*

*Seit Wochen wird Deutschland, was die Bekämpfung der COVID-Pandemie angeht, als Vorbild dargestellt. Vor allem wird dort viel getestet. [...] In Deutschland werden mehr als 350.000 Tests pro Woche durchgeführt, in Polen seit Beginn der Epidemie insgesamt gut 170.000. (GW, 18.04.2020)*

*Schade, dass wir die Probleme nicht wie unsere Nachbarn angehen. In Deutschland und Tschechien haben die Menschen das Gefühl, dass sich der Staat um sie kümmert. (POLITYKA, 17.04.2020)*

*Fünf Jahre sind vergangen, Polen steht vor den nächsten Präsidentschaftswahlen und die deutschen Medien belehren uns noch immer. (Sieci, 26.04.2020)*

*[...] diese von den deutschen Medien angewandte Pädagogik der Scham wird allmählich langweilig und nervt schon lange. Sie funktioniert auch nicht mehr. [...] Heute ist dieses ständige Niedermachen höchstens noch irritierend, zumal es geprägt ist von einer tiefen Heuchelei und dem Willen zur Bevormundung. Dahinter steht nicht die Sorge um die Polen oder die polnische Demokratie, sondern die Sorge um die Chancen der Opposition im Rennen um den Einzug in den Präsidentenpalast. (Sieci, 26.04.2020)*



Laut *Polityka* und *Gazeta Wyborcza* wiederum seien deutsche Kritik und eine gewisse Oberlehrerhaftigkeit gegenüber Polen zwar nicht von der Hand zu weisen, doch bliebe dies auch anderen Ländern, wie beispielsweise Italien, nicht erspart. Gleichzeitig gehe das deutsche Moralisieren nicht einher mit einer entsprechenden Reflexion des eigenen Handelns, das auch nicht unfehlbar sei. Deutschland verfolge seine Interessen und fürchte stets, dass andere Länder sein Geld verschleuderten. Die *Rzeczpospolita* gab zu bedenken, dass „die Herrschaft der Rechten in Polen für Berlin einen bequemen Vorwand dafür liefert, seine eigene Politik zu machen“, und nehme man den auf polnischer Seite ohnehin vorhandenen Unwillen hinzu, so stehe es schlecht um die Zusammenarbeit.

Relativ selten wurde Deutschland in den analysierten Texten als Aggressor dargestellt.<sup>6</sup> Dies hängt vermutlich auch damit zusammen, dass für diese Studie nur Texte zum Thema Coronavirus berücksichtigt wurden und somit nur wenige rein historische Artikel in die Stichprobe gelangten. Beiträge, die beide Themen kombinierten, bezogen sich, was die Vergangenheit angeht, auf den Zweiten Weltkrieg.

***Die Deutschen haben kein Vertrauen darin, wie andere Staaten mit ihrem Geld umgehen. [...] Die Deutschen sind unheimlich stolz auf ihre Kultur der geringen Verschuldung. (GW, 02.05.2020)***

***Damit steht Deutschland wiederum im Zentrum der europäischen Debatte. Der Vorschlag eines Hilfsfonds begeistert nicht jeden, liegt aber in der Mitte. Und Berlin hat wieder die zentrale Rolle. [...] Aber nur Berlin hat das Potential – die Wirtschaftskraft, die Handelsbeziehungen, die geografische Lage –, um den Vertrag hinzukriegen, also die Union zu führen. (POLITYKA, 26.05.2020)***

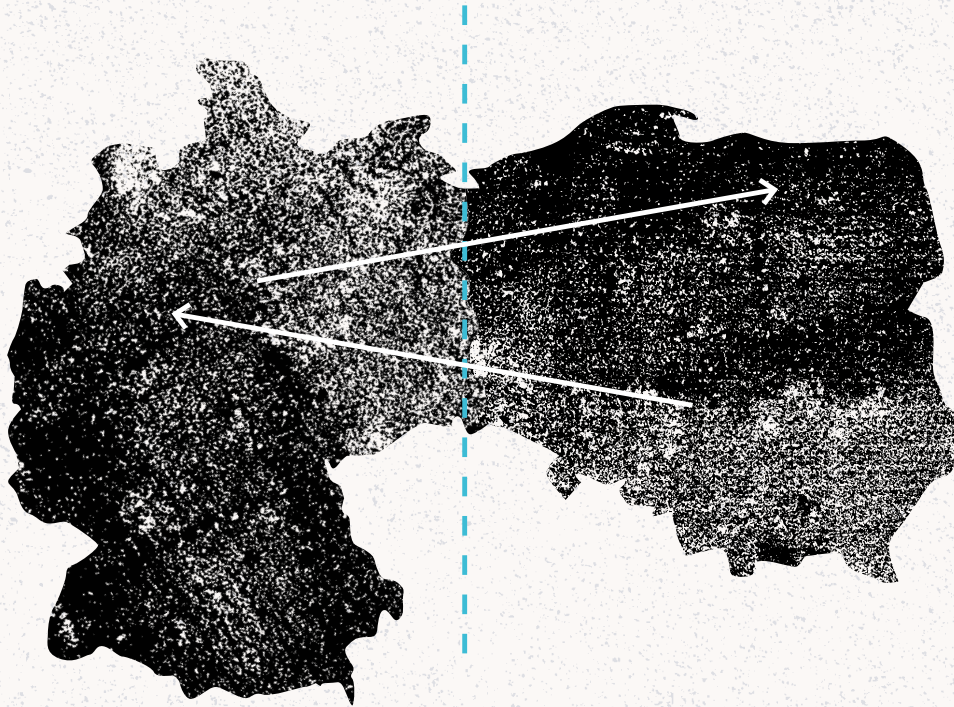
***Deutschland hat solche strategischen Ambitionen nicht und fühlt sich in der Führungsrolle nicht besonders wohl. (GW, 02.05.2020)***

---

<sup>6</sup> Das Bild von den Deutschen als ehemalige Aggressoren, Angreifer, Besatzer und Kriegsschuldige ist relativ weit verbreitet in der polnischen Öffentlichkeit. Assoziationen dieser Art machen etwa 30 Prozent aller Assoziationen aus, welche die Polen zum Thema Deutsche bzw. Deutschland haben. Vgl. hierzu: Deutsch-Polnisches Barometer 2020, online abrufbar unter: [www.deutsch-polnisches-barometer.de](http://www.deutsch-polnisches-barometer.de).

# Deutschland und Polen im selben Boot – deutsche und polnische Sichtweisen auf die gegenseitigen Beziehungen

## Grenzenlose Nachbarschaft und Grenzen der Nachbarschaft



Grenzen sind von Natur aus ambivalent. Es liegt gewissermaßen im Wesen der Grenze, dass sie gleichzeitig trennt und verbindet. Die deutsch-polnische Grenze bildet hier keine Ausnahme. Auf-grund der Corona-bedingten Schließungen und Öffnungen sowie der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Grenzverkehr kann die Situation an der Grenze als Indikator für den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen in Pandemiezeiten gelten. Letztlich geht es dabei um die Frage, „[w]ie die temporäre Schließung der Grenze zwischen Deutschland und Polen wegen Corona das Verhältnis beider Länder beeinflusst hat“ (FAZ, 19.06.2020). Daher lohnt es sich, das Thema der gemeinsamen Grenze mit ihren Chancen und Herausforderungen anhand von Presseartikeln aus beiden Ländern zu beleuchten. Der Vergleich macht deutlich, welche Perspektive auf bestimmte Ereignisse und Prozesse von beiden Seiten eingenommen wird.

Beim Framing des je anderen Landes rücken notwendigerweise bestimmte Aspekte ins Zentrum der Berichterstattung, während andere im Hintergrund bleiben. Ein Schwerpunktthe-

*In der Coronakrise scheint der Strom der polnischen Wanderarbeiter endgültig zu versiegen. (SPIEGEL, 28.03.2020)*

*Der Mangel an Arbeitskräften wird nun in betroffenen Branchen brenzlich [...]. Die Landesärztekammer warnt, dass in manchen grenznahen Kliniken ein Drittel der Mitarbeiter Polen sind. (FAZ, 02.04.2020)*

*„Erst wenn die Grenze geschlossen ist, erkennt man, wie wichtig offene europäische Grenzen sind“, sagt Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), der zugleich Polen-Koordinator der Bundesregierung ist. (FAZ, 02.04.2020)*

ma der deutschen Presse war das Fernbleiben der polnischen Arbeitskräfte von ihren Arbeitsplätzen in Deutschland sowie das Ausbleiben von Saisonkräften; es wurde in diesem Zusammenhang gefragt, wie Fabriken, Pflegeheime oder die Landwirtschaft ohne diese Menschen zurecht kommen werden. Polnische Medien blickten eher auf die Probleme der betroffenen Arbeitnehmer, die sich zwischen der Arbeit in Deutschland und der Familie in Polen zu entscheiden hatten. Berichtet wurde auch über Proteste an der Grenze mit Forderungen nach Lösungen für grenzüberschreitendes Arbeiten und Studieren.

### **Deutschlands Blick auf die Grenze**

Die deutsche Presseberichterstattung befasste sich mit den direkten Auswirkungen des eingeschränkten Grenzverkehrs auf die deutsch-polnische Grenzregion. Am Sonntag, den 15. März 2020, hatte Polen Kontrollen u. a. an der deutsch-polnischen Grenze eingeführt und die Einreise auf polnische Staatsbürger\*innen und Ausländer\*innen mit Aufenthaltsrecht in Polen beschränkt. Einreisende mussten sich demnach nach der Einreise in eine 14-tägige Quarantäne begeben. Auch der reguläre Bahn- und Flugverkehr wurde ausgesetzt. Laut *Süddeutscher Zeitung* führten die „rigiden Kontrollen“ zu „Chaos und lange Wartezeiten“ (SZ, 19.03.2020) an den Grenzen. „Bei Görlitz wuchs der Stau am Mittwoch auf 65 Kilometer mit mindestens 30 Stunden Wartezeit“ (SZ, 19.03.2020). Das Deutsche Rote Kreuz, Bundeswehr, Polizei und technisches Hilfswerk hätten die im Stau wartenden, oftmals polnischen Staatsbürger\*innen auf der Heimreise nach Polen mit Essen und Wasser versorgt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zitierte den Koordinator für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit und brandenburgischen Ministerpräsidenten, Dietmar Woidke, demzufolge „viele Probleme hätten geklärt werden können, wenn wir öfter miteinander gesprochen hätten. Das ist leider in dieser turbulenten Anfangszeit der Corona-Krise nicht passiert“ (FAZ, 19.06.2020). Hinzu kamen vereinzelte, teils reportage- bzw. tagebuchartige Beiträge, die beschrieben, wie die Grenzschließungen den Alltag in der Grenzregion, z. B. in Frankfurt (Oder) und Słubice (FAZ, 19.06.2020), der Grenzstadt Görlitz (ZEIT, 16.04.2020) oder dem sächsischen Neißeaue (SZ, 28.03.2020) verändert hätten.

Im Zusammenhang mit den Beschränkungen im Grenzverkehr betonten die deutschen Medien die Bedeutung polnischer Arbeitskräfte für Deutschland. Die Krise zeige, dass man auf die polnischen Arbeitnehmer\*innen nicht verzichten könne. Sie seien es, die die Wirtschaft in Gang hielten (ZEIT, 23.04.2020). Die Corona-Krise verstärke einen bereits länger anhaltenden Trend, demzufolge Deutschland immer mehr an Attraktivität für polnische Wanderarbeiter\*innen verliere. Den deutschen Medien

**Hunderttausende Polen mussten seit Mitte März auf ihren Verdienst in Deutschland, England oder Tschechien verzichten und konnten kein Geld mehr in die Heimat schicken. (SZ, 30.05.2020)**

**Von Freitag an gelten härtere Regeln für Pendler. Polen, die in Deutschland arbeiten, stehen jetzt vor Entscheidungen: Bleibe ich ganz in Deutschland? Oder komme ich gar nicht mehr? (ZEIT, 16.04.2020)**

**„Bleiben Sie hier!“, hatte die brandenburgische Finanz- und Europa-ministerin Katrin Lange schon vor der Grenzschließung den polnischen Pendlern zugerufen. Wer dem Appell folgt, bekommt einen Zuschuss von 65 Euro pro Tag. (ZEIT, 23.04.2020)**

**Hunderttausende Polen arbeiten im Ausland, Zehntausende als Pendler zwischen ihrer Heimat und Deutschland oder Tschechien. Von der sonst für Heimkehrer geltenden 14-Tages-Quarantäne sind Pendler ausgeschlossen, ebenso wie Lkw-Fahrer mit Waren. Im Stau hilft ihnen aber auch das nichts. (SZ, 19.03.2020)**

**Aus Angst vor Corona fliehen Pflegekräfte zurück nach Osteuropa. Zehntausende Familien stehen ohne Betreuung alter Angehöriger da. (FAZ, 25.03.2020)**

**Flüge und Züge verkehren nicht mehr, auch Busgesellschaften, die zuvor Polen zur Arbeit nach Deutschland brachten, fahren großteils nicht mehr [...]. Dazu kommt, dass viele Polen, die bisher in Deutschland arbeiteten, selbst**

zufolge stellten unter den 4 Millionen ausländischen Arbeitskräften in Deutschland die Pol\*innen mit über 400.000 Personen eine beträchtliche Gruppe dar. Gerade im Osten Deutschlands pendelten viele von ihnen zwischen polnischem Wohnort und deutschem Arbeitsplatz tagtäglich über die Grenze. Aufgrund der Einschränkungen des Grenzverkehrs und der Einführung einer Quarantänepflicht für Einreisende durch die polnische Regierung sahen sich diese Personen mit der Frage konfrontiert, wie sie unter diesen Bedingungen ihrer beruflichen Tätigkeit weiter nachgehen könnten. Grenznahe Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen führten daher einen so genannten „Halte-Bonus“ (FAZ, 02.04.2020) in Höhe von 40 bis 65 Euro pro Tag ein, um Grenzpendler\*innen zum Bleiben zu bewegen. Zudem gäbe es Arbeitgeber\*innen, die Unterkünfte für ihre Beschäftigten aus dem Ausland organisierten. Gleichzeitig sei die Grenzschließung für viele im Ausland tätige Pol\*innen gleichbedeutend mit dem – zumindest zwischenzeitlichen – Verlust des Einkommens. Später berichteten die deutschen Medien über Erleichterungen für Grenzpendler\*innen und LKW-Fahrer\*innen.

Im Zuge der durch die polnische Regierung verhängten Quarantäneregulungen könnten auch polnische, i. d. R. weibliche Arbeitnehmerinnen, die im Bereich der Pflege tätig seien, ihrer Tätigkeit nicht wie gewohnt nachgehen. In der deutschen Medienberichterstattung wurde dieses Thema aufgegriffen, wobei das Hauptaugenmerk häufig auf dem dadurch entstehenden Pflegenotstand in Deutschland und den logistischen Herausforderungen für die vermittelnden Agenturen lag. Gerade zu Beginn der Epidemie sei das Virus bereits in Deutschland verbreitet gewesen, in Polen jedoch kaum, sodass Pflegerinnen mitunter aus „Angst vor dem Coronavirus“ (FAZ, 25.03.2020) nicht nach Deutschland reisen wollten und in Polen blieben. Auch deutsche Krankenhäuser in der Grenzregion, auf die Arbeit polnischer Ärzt\*innen und anderen medizinischen Personals angewiesen, seien von den Einschränkungen für Grenzpendler betroffen.

Das deutsche Innenministerium verhängte im März einen Einreisestopp für Erntehelfer aus anderen EU-Staaten, darunter Polen. Dies stelle die deutsche Landwirtschaft vor Schwierigkeiten. Infolge der Grenzschließungen mache sich die Corona-Krise in Deutschland durch einen Mangel an Saisonarbeiter\*innen, etwa das Ausbleiben von polnischen Erntehelfer\*innen, bemerkbar. Allerdings beschleunige die Corona-Krise hier nur einen länger bestehenden Trend, demzufolge aufgrund steigender Löhne und sozialer Hilfen in Polen die Arbeit in Deutschland auf Mindestlohniveau zunehmend unattraktiv für polnische Arbeitnehmer\*innen werde (SP, 28.03.2020). Insgesamt wurde die Verantwortung für die Probleme von Grenzpendler\*innen der

***alte Eltern oder Verwandte in der Heimat haben: Diese sollen seit dem 1. April nicht mehr auf die Straße gehen und sind nun auf Hilfe ihrer Verwandten angewiesen. (SZ, 04.03.2020)***

***Die Polen etwa haben diese Art Wanderproletariat schlichtweg nicht mehr nötig. Das Land hat wie kein anderes von der Mitgliedschaft in der EU profitiert. Heute herrscht Arbeitskräftemangel, die polnische Landwirtschaft, einst das Sorgenkind Brüssels, hat sich berappelt. Polen ist jetzt Europas größter Apfelproduzent. (SPIEGEL, 28.03.2020)***

***Die Angst vor dem Virus hat automatisch die einfachste, atavistische Überzeugung wachgerufen, „Fremde“ seien schuld und sie würden immer Gefahren mitbringen. Nach Europa kam das Virus „von außen“, es ist nicht unser, es ist fremd. In Polen gerieten alle in Verdacht, die aus dem Ausland heimkehrten. (FAZ, 31.03.2020)***

***Die vielen Grenzen, die zugeknallt wurden, und die riesigen Schlangen an den Grenzübergängen waren sicher für viele junge Menschen ein Schock. Das Virus erinnert uns: Die Grenzen existieren weiter, es geht ihnen gut. (FAZ, 31.03.2020)***

***Die Rücknahme der Restriktionen beim Übertritt an der deutsch-polnischen Grenze Ende Juni geriet mitunter gar zum symbolisch aufgeladenen politischen Akt, der an „1989“ erinnerte. (FAZ, 19.06.2020)***

polnischen Regierung angelastet, die zu äußerst drastischen Maßnahmen wie Grenzsicherungen und Quarantäneverordnungen gegriffen habe.

Des Weiteren fanden sich in der deutschen Berichterstattung Artikel, die sich angesichts des pandemiebedingten eingeschränkten Grenzverkehrs grundsätzlicher mit der Frage inner-europäischer Grenzen auseinandersetzten. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* etwa brachte einen Essay von Olga Tokarczuk, in dem sich die polnische Literaturnobelpreisträgerin mit der Wiedereinführung von Kontrollen an den EU-Binnengrenzen befasste (FAZ, 31.03.2020).

### **Die Grenze trennt erneut – Polens Blick auf die Grenze**

Kurz nachdem an der deutsch-polnischen Grenze von polnischer Seite Grenzkontrollen sowie eine Quarantänepflicht für Einreisende eingeführt wurden, berichteten die polnischen Medien über die dadurch auftretenden Probleme. Laut *Polityka* wurden Einreisende „als Krankheitsverdächtige“ (POLITYKA, 31.03.2020) behandelt und die Wartezeit in den Staus an den Grenzübergängen stieg bis auf über 30 Stunden. Die in den letzten Jahren fast unsichtbar gewordene Grenze war erneut zu einer Trennlinie zwischen zwei miteinander verwachsenen Organismen geworden.

So kehrte in diesem Kontext das Thema Deutschland als wichtiger Arbeitsstandort für polnische Arbeitnehmer in die polnischen Medien zurück. Die geschlossene Grenze samt Quarantänezwang für Rückkehrer aus Deutschland stelle viele polnische Arbeitspendler vor die Wahl, entweder zu ihren Familien zurückzukehren und dafür Einkommenseinbußen oder gar den Verlust des Arbeitsplatzes hinzunehmen, oder in Deutschland zu bleiben und vielleicht wochenlang ihre Angehörigen nicht zu sehen. Die Betroffenen neigten eher dazu, in Polen zu bleiben, um in dieser schwierigen Zeit bei der Familie zu sein. „Nach der Schließung der deutsch-polnischen Grenze kehrten über 100.000 Arbeitnehmer nach Polen zurück (...). Die Polen ließen sich auch durch das Angebot von Wohnung und 65 Euro pro Tag nicht verleiten“ (GW, 17.04.2020). In einer schwierigen Lage waren laut Medienberichten Mediziner, die nicht mehr zu ihren Patienten auf der anderen Seite der Grenze gelangen konnten. *Gazeta Wyborcza* und *Polityka* machten die polnische Seite für das Chaos an den Grenzübergängen und die dadurch entstandene Verunsicherung unter den polnischen Arbeitspendlern verantwortlich. Deutschland, so war zu lesen, „entschied sich erst viel später zu einer Quarantänepflicht bei Grenzübertritt“ (GW, 17.04.2020), wohingegen die polnische Regierung weder die Spezifik der deutsch-polnischen

**Die Krisenlösung: Das Krankenhaus mietete für alle polnischen Ärzte Hotelzimmer an. Alle polnischen Kollegen haben dieses Angebot angenommen. (SZ, 04.03.2020)**

**Auch die verstärkten Grenzkontrollen waren ein Problem, da sie negative Auswirkungen für das polnische Transportgewerbe mit sich brachten. (Rz, 25.06.2020)**

**Viele Autofahrer gaben der Warschauer Regierung und den Woiwodschaftsbehörden die Schuld. Ihrer Ansicht nach ist die Regierung mit der Grenzsicherung zur Pandemiebekämpfung zu radikal vorgegangen. (GW, 20.03.2020)**

**Ab dem Wochenende wird man sich für eine Seite der Oder entscheiden müssen, denn die Grenze wird dann vollständig geschlossen. Und die Leute kalkulieren auf der Stelle und ohne aus dem Auto zu steigen, was für sie lohnender ist: zu Hause zu bleiben oder in Deutschland weitere Entscheidungen abzuwarten. (POLITYKA, 31.03.2020)**

**Die Situation der Menschen, die an den Grenzübergängen warten, ist dramatisch. Es sind Transporter, Fernfahrer, zurückkehrende Polen, oft Familien mit kleinen Kindern. (POLITYKA, 26.03.2020)**

**„Wir wollen keine Almosen. Lasst uns arbeiten“, hatte Paulina Jarosz auf das Transparent geschrieben [...]. 500 Menschen protestierten mit ihr. Für sie bedeutet die „harte“ Schließung der Grenze wegen**

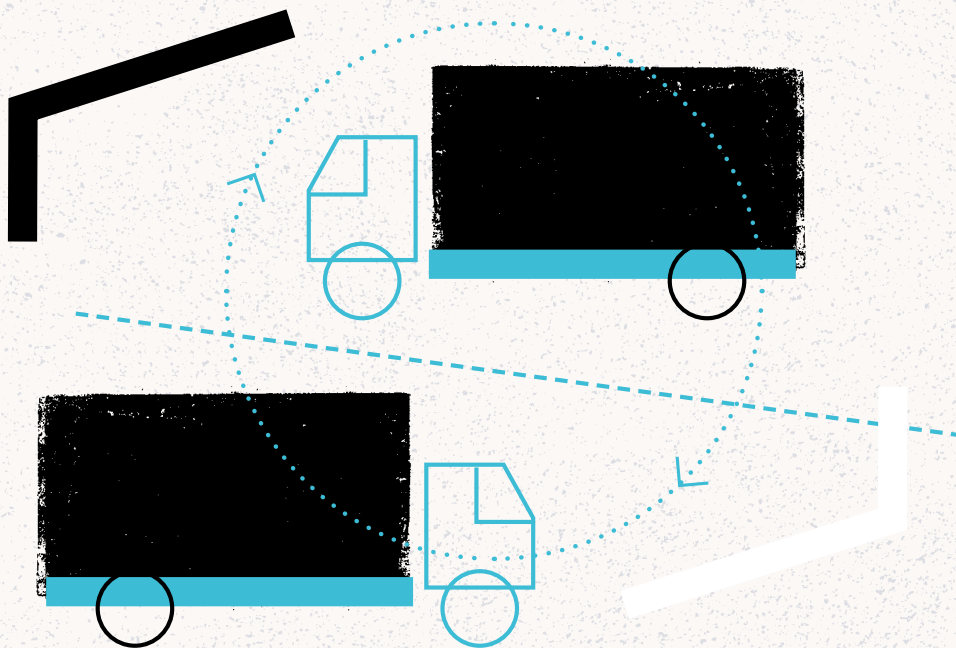
Beziehungen noch das Zusammenleben an der Grenze verstanden habe. Mittlerweile sei das Verhältnis zwischen deutschem Arbeitgeber und polnischem Arbeitnehmer ein von gegenseitiger Abhängigkeit geprägtes. Ohne die polnischen Arbeitskräfte komme Deutschland in Schwierigkeiten, gaben die polnischen Medien zu bedenken.

In dieser ersten Phase der Pandemie und der krisenhaften Situationen an der Grenze las man auch von Anwohnerinitiativen, welche die im Stau Stehenden mit Lebensmitteln versorgten. In den darauffolgenden Wochen kam es, so die Berichterstattung weiter, auch zu Protesten an den Grenzübergängen. Die Menschen aus der Grenzregion wiesen auf die wirtschaftlichen und familiären Folgen der Grenzschließung hin: „Aber keiner hat argumentiert, dass die Schließung der Grenze für volle drei Monate im Hinblick auf die Pandemiebekämpfung nie Sinn gemacht hat“ (POLITYKA, 20.06.2020).

**Corona die Trennung von der Familie und den Verlust von Arbeit und Lebensunterhalt.**  
(GW, 30.04.2020)

**Ein Corona-Ausbruch in Deutschland ist auch für Polen ein Problem. 850.000 polnische Staatsbürger leben zwischen Oder und Rhein (plus über zwei Millionen Menschen mit polnischen Wurzeln). Viele davon pendeln zwischen beiden Ländern und könnten die Erreger in unser Land tragen.** (GW, 05.03.2020)

## **Hersteller, Zulieferer, Investoren – unentbehrliche Partner**



Während die Bedeutung Deutschlands als zentraler Wirtschaftspartner Polens sich in zahlreichen Artikeln der polnischen Medienberichterstattung über den deutschen Nachbarn niederschlug, war dies umgekehrt nicht der Fall. In der deutschen Berichterstattung gab es ungleich weniger Artikel, die sich mit der Bedeutung Polens für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen befassten. Was bedeutet dies in Hinblick auf das Framing

der deutsch-polnischen Beziehungen? Aus Sicht der polnischen Presse sind die Beziehungen essentiell für beide Nachbarländer. Deutschland etwa ist auf polnische Arbeitskräfte angewiesen und der deutsche Markt ist für polnische Investoren zunehmend attraktiv. Aus deutscher Sicht wird zwar die beachtliche wirtschaftliche Entwicklung Polens wertgeschätzt, aber den deutsch-polnischen Handelsbeziehungen wird nicht der gleiche Stellenwert beigemessen wie dies auf polnischer Seite der Fall ist. Gleichzeitig wird die Robustheit der wirtschaftlichen Beziehungen betont, denen auch die Corona-Krise kaum Schaden habe zufügen können.

### **Ein immer wichtigerer, aber unterschätzter Partner – deutsche Einschätzungen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen**

Ende Februar 2020, also bereits nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie in China, aber noch vor dem Beginn der Krise in Europa, betonte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Bedeutung Polens als Handelspartner Deutschlands. Zwar seien medial vor allem die USA, China und Großbritannien präsent, de facto seien es jedoch die Polen, die Slowakei, die Tschechen und Ungarn, mit denen das jährliche Handelsvolumen 300 Milliarden Euro übersteige. Polen, mittlerweile sechstwichtigster Handelspartner Deutschlands, „sei das Zugpferd“ im Handel mit den östlichen Nachbarn (FAZ, 22.02.2020). Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie aber wirkte sich direkt auf die polnische Wirtschaftsleistung aus; die Produktion zahlreicher Unternehmen stand entweder vollständig still oder lief stark gedrosselt weiter. In den deutschen Medien wurde in diesem Zusammenhang die Bedeutung der polnischen Wirtschaft für grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten betont; dies unter dem Stichwort Polen als „Werkbank“ deutscher Unternehmen (SZ, 30.05.2020). Hier war vor allem fraglich, ob es bei in Polen tätigen deutschen Unternehmen, wie z. B. Volkswagen, aufgrund der pandemiebedingten Produktionseinschränkungen zu einem Stellenabbau kommt. Die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie auf den deutsch-polnischen Handel seien jedoch nicht gravierend. Zwar habe die Corona-Krise die Volkswirtschaften beider Länder hart getroffen, doch ließen sich kaum negative Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen feststellen.

### **Bilaterale Handelsverflechtungen – polnische Einschätzungen der deutsch-polnischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen**

Die polnische Presse ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Deutschland ohne polnische Arbeiter und polnische Firmen schlicht nicht weiter zurechtkommt. Diese Abhängigkeit

**Zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahrzehnten droht Polen durch die Corona-Pandemie eine Rezession. (ZEIT, 25.06.2020)**

**Viele Wirtschaftszweige haben keine Möglichkeit, sich derart umzustellen, und werden von den pandemiebedingten Restriktionen hart getroffen. (FAZ, 30.04.2020)**

**Unter den Handelspartnern Deutschlands hat Polen Großbritannien und Italien überholt und steht jetzt auf Platz fünf. Der dramatische Rückgang des deutschen Außenhandels in den letzten Monaten hat den deutsch-polnischen Handel relativ wenig getroffen. (FAZ, 19.06.2020)**

**Schlechte Nachrichten von der anderen Seite der Oder tangieren die polnische Wirtschaft stark. Berlin ist unser wichtigster Handelspartner, 30 Prozent unserer Exporte gehen an den westlichen Nachbarn. (GW, 08.05.2020)**

**Es gibt auch Firmen, die auf beiden Märkten präsent sind und von der Pandemie profitieren: „Wir mussten sowohl in Polen als auch in Deutschland unsere Produktion**

beruhe auf Gegenseitigkeit: der deutsche Markt sei eine Chance für polnische Investoren und die exportorientierte Wirtschaft. Solch eine Herausforderung wie die Pandemie verursache auf beiden Seiten der Grenze hohe Kosten und daher hätten beide Seiten ein Interesse daran, die Zusammenarbeit möglichst schnell fortzusetzen.

Der Ton in dieser Situation war umso deutlicher, weil, wie man unterstrich, „in der Wirtschaft die Grenze zu Deutschland so gut wie unsichtbar ist“ (Rz, 25.06.2020). Durch die Grenzschließung wurden die Aktivitäten vieler Unternehmen unversehens erschwert. Diese vielfältigen deutsch-polnischen Verflechtungen wurden in einem Interview der Wochenzeitschrift *Polityka* mit den Bürgermeistern der Grenzstädte Görlitz und Zgorzelec besonders betont. In einem Kommentar in der Tageszeitung *Rzeczpospolita* machte der konservative Publizist Marek Cichocki allerdings auf Folgendes aufmerksam: „Es ist jedoch kein Geheimnis, dass es seit langem eine unterschwellige Kontroverse darüber gibt, wie man die [deutsch-polnischen] Wirtschaftsbeziehungen symmetrischer gestalten könnte und Polen nach 30 Jahren Transformation endlich aus der Rolle eines Handlangers der deutschen Wirtschaft und des deutschen Kapitals herauskomme.“ (Rz, 29.06.2020) Von einem Beispiel aufkommender Gleichrangigkeit schrieb *Gazeta Wyborcza*: Ein deutsches Unternehmen habe verlauten lassen, dass es im Falle einer drohenden Insolvenz durchaus offen sei für Übernahmeangebote seitens polnischer Interessenten, die sich insgesamt eines guten Rufes erfreuen.

Nach einer ganzen Reihe negativer Nachrichten und Szenarien aber konnte die Presse berichten, dass sich die zu Beginn von Lockdown, Grenzschließung und Staus eher düsteren Aussichten für die deutsche Wirtschaft wieder aufhellten, wodurch sich auch in Polen Branchen wie die exportorientierte Möbelindustrie oder die Baumärkte schnell wieder erholten.

In dem zuvor bereits zitierten Kommentar von Marek Cichocki in der *Rzeczpospolita* erwähnte der Autor neben den Herausforderungen in den gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen auch noch andere Bereiche, in denen eine gute deutsch-polnische Zusammenarbeit entscheidend wäre. Doch leider, so der Autor, werde dies auf beiden Seiten der Oder nicht immer so gesehen: „Die deutsch-polnischen Beziehungen sind auch für die europäischen Sicherheitspolitik von entscheidender Bedeutung. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit Berlin und Warschau seit Jahren in dieser Frage auf ihren ausgetretenen, getrennten Pfaden wandeln. Seit der Wiedervereinigung bis heute hat die deutsche Politik ein Problem damit, zu begreifen, dass Deutschland und Polen Partner in EU und NATO

**ausweiten. Zum ersten Mal seit 40 Jahren arbeiten wir in Deutschland in drei Schichten. Die Nachfrage nach Desinfektionsmitteln stieg im ersten Quartal dieses Jahres um 300 Prozent.“**  
(Rz, 25.06.2020)

**Deutschland ist offen für Übernahmen durch Firmen aus der EU, also auch Polen. Unsere Volkswirtschaften haben die Chance, den ganzen Europäischen Wirtschaftsraum zu ziehen. Und das liegt nicht nur an der Größe der deutschen Wirtschaft, sondern auch am Fleiß, an der Kreativität und dem hohen Ausbildungsniveau des polnischen Personals.** (Rz, 25.06.2020)

**Baufirmen und Bauträger bemühen sich sogar um polnische Firmen, denn die Deutschen sind nicht in der Lage, die Inlandsnachfrage allein zu bewältigen.**  
(Rz, 25.06.2020)

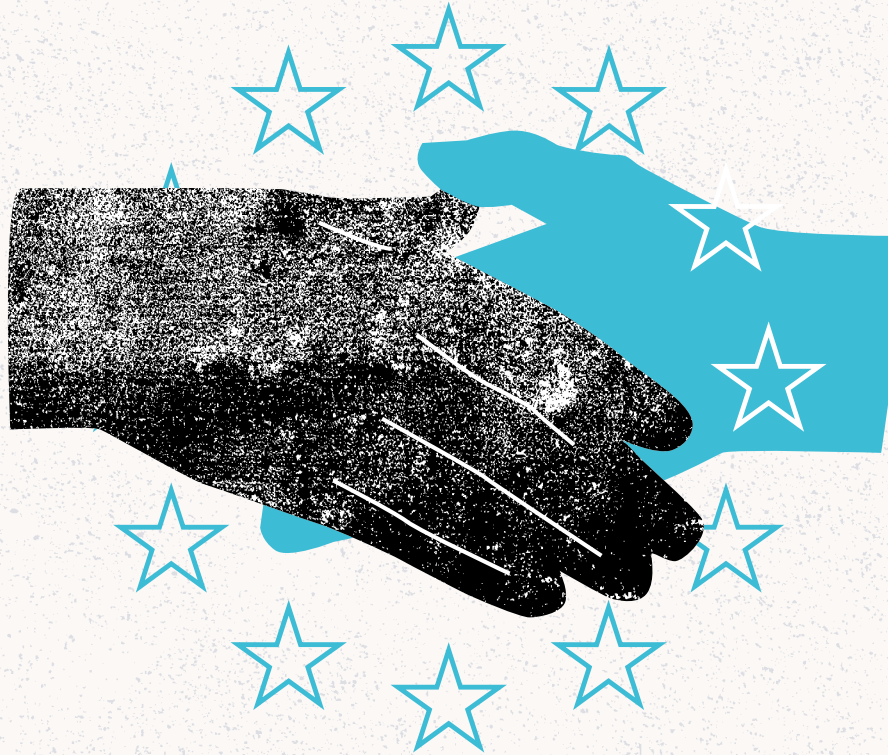
**Die Krise in Deutschland betrifft viele polnische Firmen, wie etwa in der Möbelbranche gut zu beobachten ist. Problematisch waren auch die Grenzkontrollen, die sich negativ auf das Transportgewerbe auswirkten. Auch die unterschiedlichen Hygienevorschriften der deutschen Bundesländer haben sich als Belastung für polnische Firmen erwiesen. Andererseits wird Deutschland nun seine Lieferketten verkürzen wollen, vor allem die sehr langen mit asiatischen Partnern. Dies ist eine Chance für polnische Unternehmen, denn die Deutschen werden sich zunächst nach Partnern im eigenen Land umsehen und in der EU.**  
(Rz, 25.06.2020)



sind, und verfolgt in Sicherheitsfragen eigene, den gemeinsamen Interessen häufig zuwiderlaufende Ziele. (...) Der polnischen Deutschlandpolitik wiederum beliebt es seit längerem, eine Vielzahl an Möglichkeiten willentlich ungenutzt zu lassen“ (Rz, 29.06.2020).

***Ślubice ist wie ausgestorben. Die großen Basare für die deutschen Kunden stehen leer und werden nach und nach von Tauben in Beschlag genommen. (POLITYKA, 31.03.2020)***

## **Europäische Solidarität**



Im Rahmen der Berichterstattung über die einzelstaatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurde auch das Thema der europäischen Solidarität aufgeworfen. Doch sowohl in der deutschen als auch der polnischen Berichterstattung spielte das Thema eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Interessanterweise bezogen sich die Medien beider Länder auf den\*die Regierungschef\*in des jeweils anderen Landes, die im Namen Deutschlands bzw. Polens für mehr europäische Solidarität angesichts der grenzüberschreitenden Pandemie warben. Das Framing der deutsch-polnischen Beziehungen sah Solidarität somit eher als etwas, das vom Nachbarland eingefordert wird, als etwas, das das eigene Land dem Nachbarn versichert.

### **Deutschlands Blick auf Polens Solidarität**

Die Frage europäischer Solidarität im Rahmen der Pandemie spielte eine untergeordnete Rolle in der deutschen Presseberichterstattung über Polen. Sie rückte vor allem im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den neuen EU-Haushalt im Rahmen der

***Aber die Folgen der Krise treffen uns alle gleich. Ich vertraue darauf, dass dieses verführerische „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das beunruhigend oft in früheren Debatten auftauchte, in dieser völlig neuen Situation endgültig ad acta gelegt werden wird. Denn Voraussetzung für Erfolge im Kampf gegen die Krise ist Solidarität zwischen allen EU-Ländern. (FAZ, 26.05.2020)***

***Auch Solidarität muss auf Werten fußen. (SPIEGEL, 25.04.2020)***

***Es braucht nicht nur mehr Solidarität, sondern auch die richtige. (SPIEGEL, 25.04.2020)***

deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den Vordergrund. Interessanterweise fanden sich unter den wenigen Beiträgen zum Thema zwei Interviews und ein Gastbeitrag mit polnischen Politikern. So forderte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* „ein Europa der Solidarität“ (FAZ, 23.04.2020) basierend auf einer solidarischen Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich. In einem Interview mit der gleichen Zeitung nur einen Monat später beschwor Morawiecki die Notwendigkeit eines geeinten Europas, „das angesichts großer Probleme dringend Solidarität und Zusammenarbeit braucht“ (FAZ, 26.05.2020). Hier könnten nicht zuletzt die sich dynamisch entwickelnden Länder wie Polen einen Beitrag leisten. Konkret forderte der polnische Premierminister einen „neuen europäischen Marshall-Plan“ (FAZ, 26.05.2020) zur Stärkung der EU und warnte vor einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ (FAZ, 26.05.2020). Aber auch der mediale Gegenspieler der aktuellen polnischen Regierung, der ehemalige Ministerpräsident Donald Tusk, forderte angesichts der Pandemie in einem Interview mit dem Spiegel insbesondere von Deutschland Solidarität mit seinen europäischen Partnern.

Einen etwas anderen Blick auf die Notwendigkeit europäischer Solidarität im Angesicht der Krise warf der Chef des Think Tanks *European Stability Initiative*, Gerald Knaus. Zwar plädierte auch er für einen „neuen Marshallplan für Europa“ (SP, 25.04.2020), warnte aber gleichzeitig, dass eine „bedingungslose Solidarität“ (SP, 25.04.2020) eine Schwächung Europas bedeute. Insofern sprach sich Knaus im Hinblick auf Polen für eine Verknüpfung von Corona-Hilfsgeldern an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards aus.

### **(Un)solidarisch – die polnische Sicht auf die deutsche Solidarität**

Die europäische Solidarität in Zeiten der Pandemie und die damit einhergehenden Verpflichtungen und Aktivitäten Deutschlands waren auch in den polnischen Medien ein seltenes, eher zwischen den Zeilen wahrnehmbares Thema. Man erinnerte an die Aussagen Angela Merkels über die Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung, aber auch an die Sorgen der Deutschen, zum Zahlmeister der Pandemie zu werden. Thematisiert wurden außerdem der von Merkel und Macron vorgeschlagene Corona-Hilfsfonds und die Forderung, Deutschland müsse sich während der EU-Ratspräsidentschaft der Herausforderung COVID-19 stellen. Aber auch über konkrete Gesten der Hilfe und Solidarität wurde berichtet; so konnte man in *Gazeta Wyborcza* lesen, dass das Bundesland Sachsen die Kosten für Corona-Tests für polnische Bürger übernimmt.

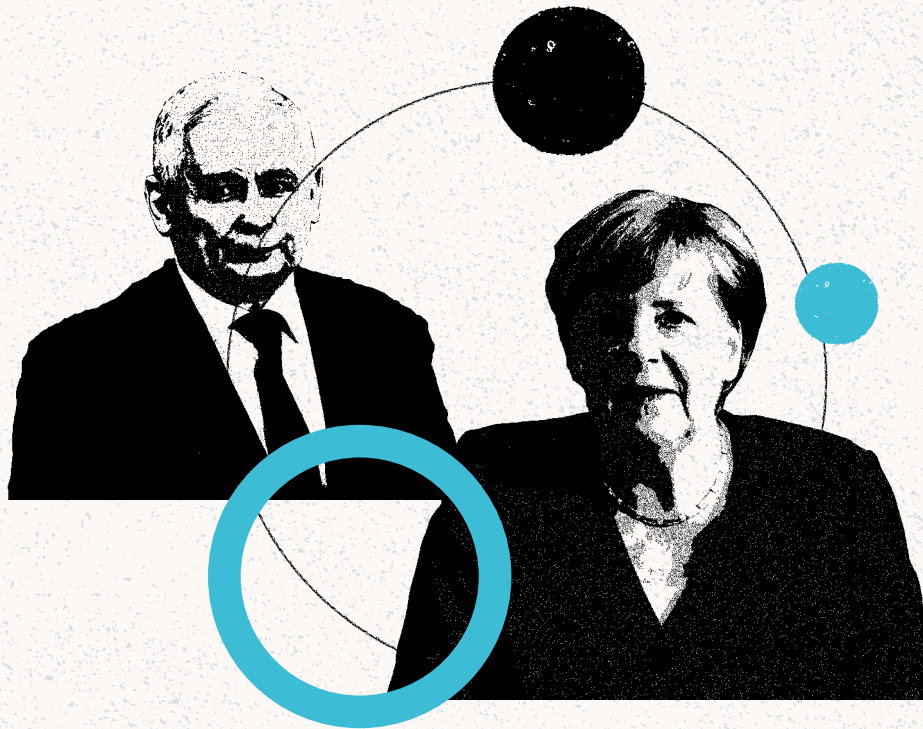
**Wer mehr hat, muss mehr geben. Das ist das Prinzip echter Solidarität. Deutschland ist finanziell stark und kann seine Industrie und seine Unternehmen schützen. Andere EU-Länder haben diese Möglichkeit nicht. Der Wettbewerbsvorteil Deutschlands gegenüber anderen EU-Ländern wird also nach der Krise noch größer sein als zuvor. Das empfinden viele in Europa als ungerecht und auch als Folge mangelnder Solidarität. Das darf nicht das Ergebnis dieser Pandemie sein. (SPIEGEL, 18.04.2020)**

**Unterdessen denkt man in deutschen Medien darüber nach, wie es passieren konnte, dass diese Kanzlerin, die einst die Griechen anwies, sparsam wie eine schwäbische Hausfrau zu wirtschaften, nun bereit ist, das Geld mit vollen Händen auszugeben? Oder genauer, einen Teil der Schulden der Länder des Südens auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu tilgen. (Sieci, 07.06.2020)**

**Das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Solidarität scheint mehr und mehr zuzunehmen. Das ist gut. Wie die Kanzlerin sagte, haben wir es mit der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun und es wird am Ende keine Gewinner und Verlierer geben. Entweder gehen wir die Herausforderung gemeinsam an, oder wir scheitern gemeinsam. (GW, 11.04.2020)**

# Protagonisten

## Die Deutsche und der Pole



zdjęcia do ilustracji: CC BY-SA 4.0, CC BY-SA 3.0 PL

Ebenso wie in anderen Bereichen ist auch die Berichterstattung zu Deutschland und Polen in den Medien beider Länder stark an Personen orientiert. Diese Personalisierung der deutsch-polnischen Kommunikation framt das jeweils andere Land unter Rückgriff auf einzelne politische Persönlichkeiten, die dann symbolisch – mit ihrer Person und ihrem Handeln – das Land als Ganzes repräsentieren. Die Texte zum Pandemiegeschehen und dessen Auswirkungen rufen uns – ob beschreibend oder erklärend – die Handlungsweisen von Institutionen, aber auch von bestimmten Einzelpersonen ins Gedächtnis zurück: Politiker, Experten, Wirtschaftsvertreter. Zwei Persönlichkeiten aus Deutschland und Polen stehen dabei im Vordergrund: Angela Merkel und Jarosław Kaczyński.

### **Angela Merkel in den Augen der Polen – bewundert und gehasst, langweilig berechenbar und gerissen**

Die polnische Presse, die das Wirken der deutschen Kanzlerin seit Jahren begleitet und kommentiert, bescheinigte ihr im hier analysierten Halbjahr ein “spektakuläres Comeback aus dem Vorruhestand“ (GW, 02.05.2020). Denn Merkel hatte bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie angekündigt, bei den Bundestagswahlen im September 2021 nicht mehr zu kandidieren und

***In der Krise kommt Angela Merkels Persönlichkeit, die sie von anderen führenden Politikern unterscheidet, noch deutlicher zum Vorschein: Sie redet mit ihren Landsleuten über Inhalte. (GW, 27.04.2020)***

***Merkel ist mit ihrem Rationalismus und ihrer Kompromissfähigkeit wie keine andere dafür geeignet, diese Krise zu bewältigen. (GW, 02.05.2020)***

***Unterdessen versucht Angela Merkel seit dem Ausbruch der Pandemie mehr oder weniger erfolgreich, einheitliche Regeln im ganzen Land durchzusetzen. (GW, 26.05.2020)***

somit auch nicht mehr der nächsten Bundesregierung vorzustehen. In dieser Situation präsentiere sie sich als berechenbare, rational vorgehende Strategin, die sich für ihre Entscheidungen Zeit nehme und diese üblicherweise mit etwas Verzögerung, recht emotionslos und in einem vom deutschen Publikum geschätzten Ton kommuniziere. Merkel gehe die Probleme in kleinen Schritten an, löse zunächst die einfachen und überschaubaren, suche Kompromisse. Sie sei also, formuliert mit den etwas provokativen Worten der *Gazeta Wyborcza*, „eine Langweilerin“. Doch genau dieser Stil ermögliche es ihr, Situationen umsichtig zu bewerten, den Erwartungen der Wähler gerecht zu werden und darum „ist sie die richtige Frau am richtigen Platz, wie ihre rasant steigenden Zustimmungswerte zeigen“ (GW, 02.05. 2020).

### **Jarosław Kaczyński in den Augen der Deutschen – der Strippenzieher im Hintergrund**

Und wie sieht es mit der deutschen Berichterstattung zu Polen aus? Der polnische Regierungschef Mateusz Morawiecki spielte in den untersuchten Artikeln allenfalls eine untergeordnete Rolle. Stattdessen fiel die häufige Nennung eines Mannes ganz besonders auf: Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der Regierungspartei und zum Zeitpunkt der Untersuchung einfacher Parlamentsabgeordneter ohne Regierungsamt. Aus Sicht der deutschen Medien war dennoch klar, dass er es ist, der die Strippen der polnischen Politik zieht, die Entwicklungen aus dem Hintergrund steuert und die Pandemielage zur Verbesserung der eigenen Machtposition ausnutzen bestrebt ist. Die deutsche Presse zeigte Kaczyński als „mächtigen PiS-Chef“ (FAZ, 07.04.2020), als „starke[n] Mann“ (ZEIT, 07.05.2020), der die eigentliche politische Macht in Polen in den Händen hält. Und so würden grundlegende politische Entscheidungen auch nicht im Parlament getroffen, sondern „in der Warschauer Nowogrodzka-Straße, [dem] Hauptquartier der Regierung[s]partei PiS und ihres Chefs Jarosław Kaczyński“ (SZ, 07.05.2020). Nach dieser Lesart ist Kaczyński nicht nur Parteivorsitzender, sondern „nahezu allmächtige[r]“ (SZ, 22.05.2020), „faktischer Regierungschef“ (SZ, 07.04.2020), der als der „eigentliche Herrscher“ (FAZ, 24.06.2020) im Verborgenen „hinter den Kulissen“ (FAZ, 24.06.2020) agiert. Dabei handele der Politiker als berechnender und skrupelloser Machttaktiker. So hielt Kaczyński auch nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie bis zuletzt am ursprünglich anberaumten Termin der Präsidentschaftswahlen am 10. Mai fest, um die Chancen „seines“ Kandidaten Andrzej Duda auf eine Wiederwahl zu maximieren, und zeigte auch keine Skrupel beim Versuch, „die Pandemie zur Festigung seiner Macht zu nutzen“ (FAZ, 08.05.2020).

***Merkel tritt selten in der Öffentlichkeit auf und wirkt dabei schroff, unnahbar, ja geradezu langweilig. (GW, 02.05.2020)***

***Sie hat eine sehr praktische Methode der Krisenbewältigung. Der unlösbare Teil des Problems wird ausgeblendet, um für andere Teilbereiche Lösungen zu erarbeiten. Damit hat man zwar nicht alles erledigt, aber Spannungen abgebaut und konkrete Ergebnisse vorzuweisen. (POLITYKA, 30.06.2020)***

***Ich halte Jarosław Kaczyński für gefährlicher als Viktor Orbán. Orbán kann zynisch sein, aber er ist auch pragmatisch. Kaczyński hingegen ist auf geradezu krankhafte Art darauf aus, so viel Macht zu bekommen wie möglich. (SPIEGEL, 18.04.2020)***

***Offenbar deshalb will PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski den Wahltermin samt Briefwahl jetzt im Eiltempo durchdrücken. (FAZ, 30.04.2020)***

***Deshalb inszeniert Kaczyński zusammen mit seinem Koalitionspartner Jarosław Gowin nun ein zynisches Schauspiel. (SZ, 04.04.2020)***

***[Am 10. April] stand Polen unter Voll-Quarantäne, selbst Wälder und Friedhöfe waren geschlossen. Außer für Jarosław Kaczyński, Polens nahezu allmächtigen faktischen Regierungschef. (SZ, 22.05.2020)***

Folgt man den Stimmen zahlreicher deutscher Pressevertreter, dann geht es dem Politiker um die Erhaltung und den Ausbau der eigenen politischen Machtposition. Kaczyński „will die ganze Macht, auf Dauer“ (FAZ, 30.04.2020), er ist auf dem Weg „zur absoluten Herrschaft“ (SZ, 30.03.2020). Auf seinem „zunehmend autoritären Kurs“ (FAZ, 30.04.2020) ist Kaczyński dabei keineswegs präzedenzlos. Seine „Brüder im Geiste“ (SZ, 08.05.2020) fand etwa die *Süddeutsche Zeitung* sowohl in der Gegenwart in Person des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán (SZ, 08.05.2020) als auch in der polnischen Vergangenheit in Gestalt von Józef Piłsudski, der als Staatsmann der Zwischenkriegszeit die Geschichte Polens „erst autokratisch, dann diktatorisch“, aber mit Sicherheit nicht demokratisch gelenkt habe (SZ, 08.05.2020).

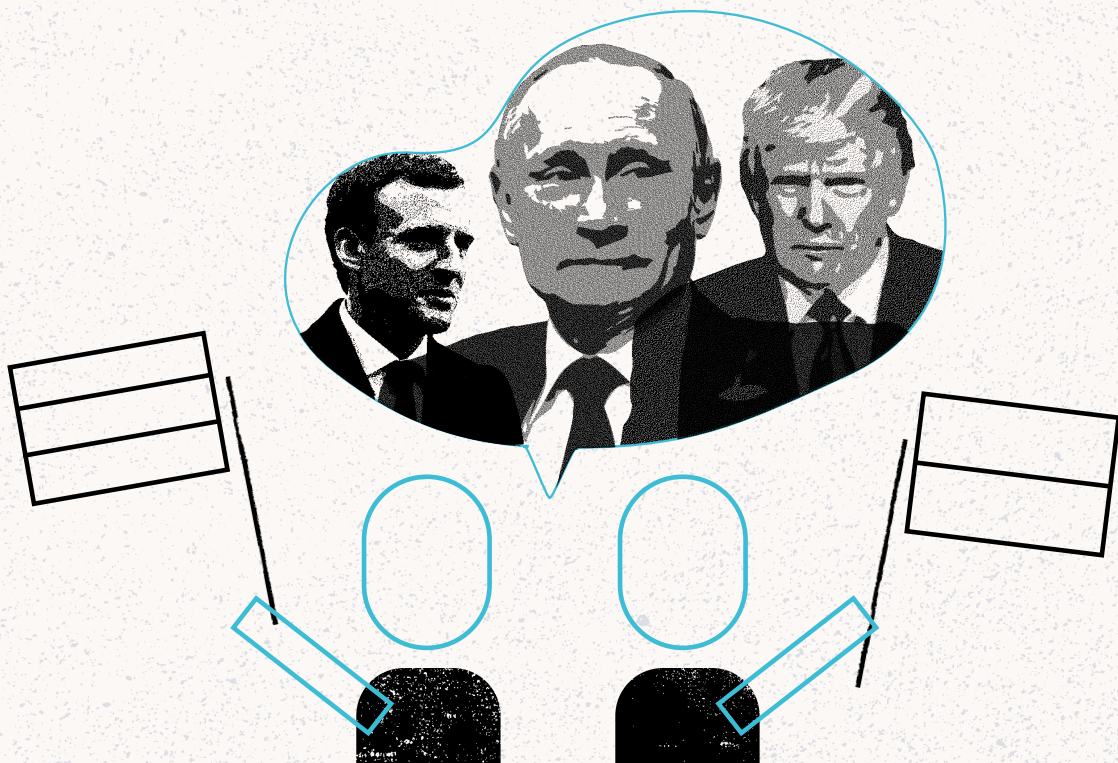
Gleichzeitig fanden sich in der deutschen Berichterstattung bisweilen auch andere Stimmen, die die politischen Machtoptionen von Kaczyński weitaus nüchterner präsentierten und die Darstellung des Politikers als allmächtigen Staatsmann als spezifisch westliche Perspektive bezeichneten (FAZ, 14.05.2020; ZEIT, 07.05.2020).

**Polens faktischer Herrscher  
Jarosław Kaczyński  
(SZ, 05.05.2020)**

**Ständig mobilisiert Jarosław  
Kaczyński, der Chef der PiS,  
gegen vermeintliche Feinde, die,  
so geht seine Erzählung, Polen und  
das „wahre Polentum“ bedrohen.  
(ZEIT, 25.06.2020)**

**Es ist nicht so, dass jemand in der  
Regierung ernsthaft die Absicht  
hätte, das Land in eine Diktatur zu  
verwandeln. Jarosław Kaczyński  
hat nicht so viel Macht, wie in den  
westlichen Berichten behauptet  
wird. (ZEIT, 07.05.2020)**

## Deutschland, Polen und „die anderen“



In den deutsch-polnischen Beziehungen spielen oft auch externe Akteure eine wesentliche Rolle. Deren unterschiedliche Wahrnehmung in Polen und Deutschland hat nicht selten großen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen der beiden Länder. Auch im ersten Halbjahr 2020 stellte sich dies nicht anders dar, wenn

in der Corona-Berichterstattung beiderseits der Oder von den Präsidenten der USA, Frankreichs und Russlands die Rede war.

Die Persönlichkeit und die Politik Donald Trumps wurde von der deutschen und vom überwiegenden Teil der polnischen Presse einhellig kritisch bewertet, von Sieci hingegen gelobt. Charakteristisch erscheint, wie Trumps Populismus mit ähnlichen Verhaltensweisen in Polen verglichen wurde. Der Name Wladimir Putin tauchte besonders oft in deutschen Artikeln auf, da er im analysierten Zeitraum mehrfach das Wort ergriff, um in geschichtsrevisionistischer Absicht Polen die Verantwortung für Schuld und Verbrechen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg zuzuweisen. Außergewöhnlich scharf wurden diese Versuche in deutschen Zeitungen kritisiert, und man sparte auch nicht mit Begriffen wie „Instrumentalisierung“ oder „Missbrauch“. Und schließlich zeugte die Berichterstattung deutscher Zeitungen über den Polenbesuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron von einem großen Interesse daran, wie die beiden größten Nachbarn Deutschlands zusammenarbeiten, wie sie miteinander und übereinander kommunizieren.

### **Donald Trump – unverantwortlicher Populist versus jemand, der Deutschland die Stirn bietet**

In beiden Ländern fiel in der Berichterstattung im Zusammenhang mit Corona und/oder dem Nachbarland relativ häufig der Name Donald Trump. Polnische Medien berichteten über dessen Corona-Politik: Flugverbote von Europa in die USA; der Versuch, ein deutsches Unternehmen zu bestechen, damit es die USA bei der Belieferung mit Impfstoff bevorzugt; seine *Fake News* zur Pandemie-Situation in den USA. Der Vergleich zwischen Trump und Merkel zeigte zwei sehr verschiedene Regierungschefs zweier föderaler Staaten. Während *Gazeta Wyborcza* darauf hinwies, wie rational die Kanzlerin mit der Pandemie-Problematik umgehe, dies erste Erfolge zeitige und sogar jenseits des Atlantiks Bewunderung auslöse, meldete *Sieci*, dass Trump Deutschland dafür kritisiere, seinen Bündnisverpflichtungen in der NATO nicht nachzukommen und Merkel darum in den USA unbeliebt sei. Für das polnische Wochenblatt waren die Vereinigten Staaten ein Bezugspunkt für Polen im Hinblick auf den in beiden Ländern während der Pandemie stattfindenden Präsidentschaftswahlkampf. Im Falle Polens; so das Wochenblatt, werde dies von deutschen Medien kritisiert.

Auch die deutsche Presse äußerte sich zu Trump, als sie sein Verhalten in der Corona-Krise in den USA beschrieb. So wie von polnischer Seite Deutschland und die USA in Beziehung gesetzt wurden, handhabte es die deutsche Seite mit Polen und den

***Um Donald Trump diesen Wunsch schmackhaft zu machen, hat Warschau zwei Vorschläge unterbreitet, die Lieblingsthemen des amerikanischen Präsidenten aufgreifen: Als Namen für den Militärstützpunkt hat die polnische Regierung „Fort Trump“ ins Spiel gebracht, und sie ist bereit, die gesamten Kosten für die Stationierung zu übernehmen. (FAZ, 08.06.2020)***

***Trump und Bolsonaro ficht das alles nicht an. Beide sind sauer, dass die Party in ihren Ländern erstmal vorbei ist. Aber sie sind ignorant genug, die Existenz von allem, was sie nicht sehen, zu bestreiten und würden wohl selbst die Quantenphysik für überflüssig erklären. Typisch für Eliten, die Kompliziertes banalisieren mit Aussagen wie, dass alles so oder so ausgehen könne. Merkel und ihre Leute tun das Gegenteil, würden niemals jemandes Gesundheit aufs Spiel setzen. (GW, 27.04.2020)***

***Trump hat die täglichen Pressekonzferenzen zum Thema Corona zu thematisch beliebigen Wahlkampfveranstaltungen gemacht. Er präsentiert Halbwahrheiten, macht sich über politische Gegner lustig und streitet sich mit Journalisten. (GW, 02.05.2020)***

***Trump hat seine Attacken gegen Deutschland in letzter Zeit merklich zurückgefahren, beschwert sich nicht mehr über unfaire***

Vereinigten Staaten. In der Bewertung schnitt der sich mit Biden auseinandersetzen Trump besser ab als die polnische Regierungspartei und auch die Opposition, die die Durchführung von Präsidentschaftswahlen in Pandemiezeiten als „kranken Plan“ bezeichnete. Auch erfuhr der deutsche Leser, dass sich Andrzej Duda im Wahlkampf zu Trump bekannte und auf der Zielgeraden seiner Kampagne nach Washington flog.

Sowohl in Polen als auch in Deutschland wurde der Name Trump in Zusammenhang mit einem möglichen Abzug von US-Truppen aus Deutschland genannt, u. a. auch im Zuge der Berichterstattung über die Visite Andrzej Dudas beim amerikanischen Präsidenten. Das Thema Pandemie wurde hier nur am Rande bzw. im Kontext erwähnt, etwa wenn militärische Übungen nur eingeschränkt durchgeführt werden konnten oder Treffen nicht stattfanden.

### **Emmanuel Macron – „Russlandverstehler“ mit europäischer Vision**

Der Name des französischen Präsidenten tauchte überwiegend im Zusammenhang mit der Pandemie auf, entweder in Berichten über seine Bemühungen, diese zu stoppen, oder aus Anlass der Verkündung der gemeinsam mit Angela Merkel vorgelegten Vorschläge zu einem Sonderfonds zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft. In Polen wurde dazu festgestellt, dass nach wie vor Deutschland, und nicht Frankreich, die führende Kraft in Europa sei. Die deutsche Presse hingegen warf der Bundesregierung generelle Tatenlosigkeit auf europäischer Ebene vor, während die Welt auf Impulse warte. Als Beispiel diente die verhaltene deutsche Reaktion auf Macrons einige Zeit vorher formulierten Europavisionen. Auch fiel der Name Macron im Kontext der Verhandlungen über den EU-Haushalt.

Viele deutsche Artikel erschienen allerdings anlässlich Macrons Staatsbesuch in Polen im Februar 2020, noch vor dem Ausbruch der Pandemie in Europa. Die Beobachter stellten fest, dass dies keine einfache Visite war. Zwar verfügten beide Länder über einen gewissen Fundus an Gemeinsamkeiten, doch konnte auch Polens umstrittene Justizreform nicht stillschweigend übergangen werden, was die Kommunikation des Franzosen mit seinen polnischen Gesprächspartnern sehr erschwerte. Erinnerung wurde auch an Macrons Kritik am Pipelineprojekt Nord Stream 2. Skeptisch kommentiert wurde Macrons positive Haltung zu Wladimir Putin.

**Handelspraktiken oder zu geringe Verteidigungsausgaben. Möglich, dass dem umfragefixierten Präsidenten zu Ohren gekommen ist, dass viele Menschen den Eindruck haben, Merkel habe den Dreh raus. (GW, 02.05.2020)**

**Präsident Donald Trump hat die Geduld verloren. Er ist in Deutschland so verhasst wie alle seine Vorgänger. (Sieci, 14.06.2020)**

**Der gemeinsame Auftritt mit Deutschland auf europäischer Bühne war Präsident Emmanuel Macron von Anfang an ein zentrales Anliegen. Er will die EU reformieren, die Integration mit Deutschland vorantreiben, die gemeinsame Verteidigung ausbauen, das Verhältnis zu Russland verbessern. (SPIEGEL, 04.01.2020)**

**Schon in der Vergangenheit hat Macron Kritik am Nord-Stream-2-Projekt geäußert und betont, die polnischen Sorgen müssten ernst genommen werden. (FAZ, 04.02.2020)**

**Macron hat sich einen ungünstigen Moment für seinen Versuch ausgesucht, das nachzuholen, was seine Vorgänger und er selbst in den vergangenen zwei Jahrzehnten versäumt haben: eine wirklich tragfähige Beziehung Frankreichs zum Nato- und EU-Mitglied Polen aufzubauen. (FAZ, 05.02.2020)**

## **Wladimir Putin – der Geschichtsverfälscher**

Der Name des russischen Präsidenten tauchte im analysierten Zeitraum in den deutschen Medien viel häufiger auf als in den polnischen. Erwähnt wurde Putin als Anwesender bei den Feierlichkeiten in Yad Vashem, wo er Polen der Mittäterschaft im Holocaust bezichtigte, ferner in Texten zum zehnten Jahrestag der Flugzeugkatastrophe von Smolensk und auch zu den Moskauer Feierlichkeiten zum Jahrestag des Sieges der Alliierten über Nazideutschland. In letzterem Fall vereitelte die Corona-Pandemie eine große Militärparade in Anwesenheit vieler ausländischer Politiker, durch die die Zugehörigkeit Russlands zum Kreis der Großmächte betont werden sollte. Im Zusammenhang mit allen diesen Feierlichkeiten historischer Jubiläen wurde Wladimir Putin in der deutschen Presse als Person dargestellt, die eine von russischen Interessen geprägte Version der Geschichte präsentiert und in verfälschender Manier Polen und die baltischen Staaten der Kriegsverbrechen bezichtigt. Nach Lesart der deutschen Kommentator\*innen handelte Putin in dieser Weise, um seine Person zu erhöhen und Russlands Größe zu betonen.

Maßnahmen Putins im Rahmen der Pandemiebekämpfung nahm nur einer der analysierten Texte in den Blick. Erwähnung fand der Name des russischen Präsidenten auch im Zusammenhang mit Emmanuel Macrons Bemühungen um die Verbesserungen der Beziehungen zu Russland.

**Russlands Präsident Wladimir Putin instrumentalisiert das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg. (SPIEGEL, 01.02.2020)**

**Wladimir Putin missbraucht das Gedenken an den 9. Mai 1945 für seine politische Agenda. (SPIEGEL, 02.05.2020)**



# Eine Nachbarschaft in Metaphern

## **Frames und Metaphern – eine kurze Einführung**

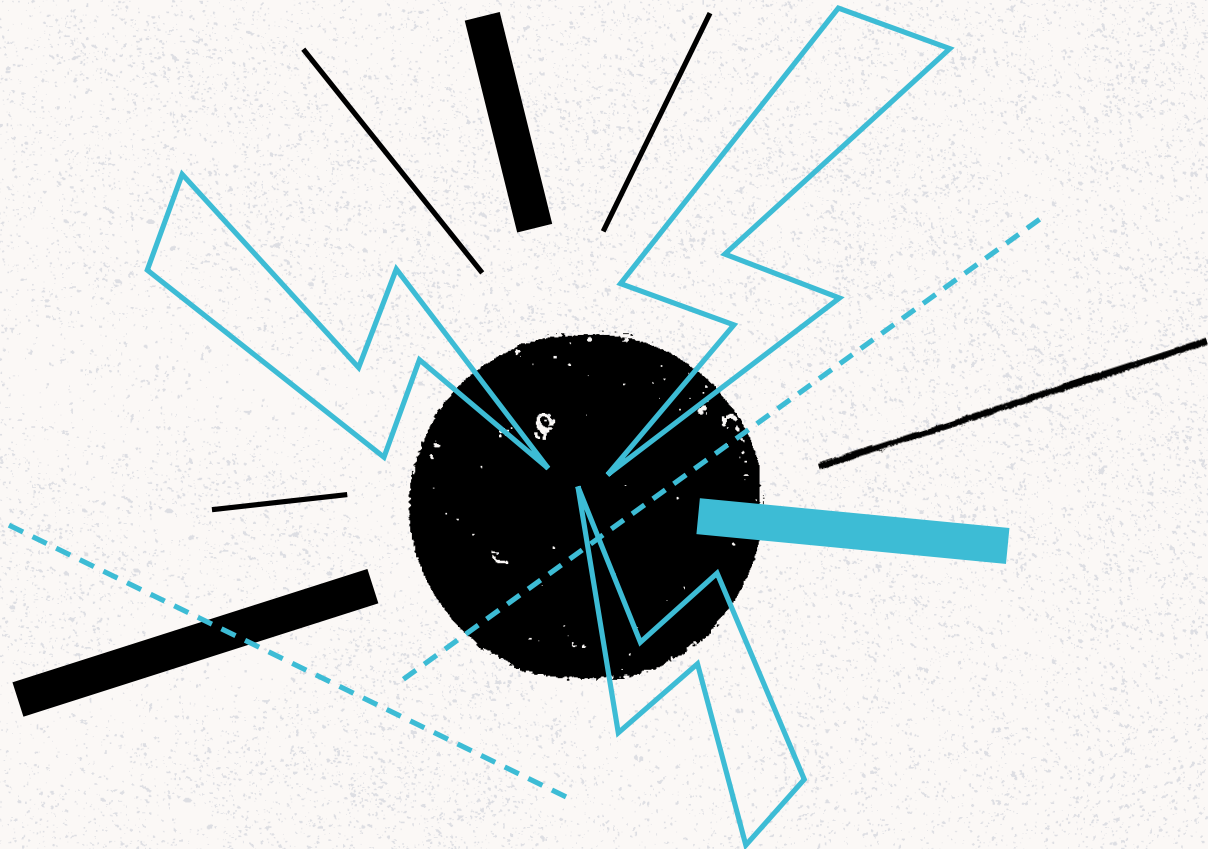
Schilderungen der deutsch-polnischen Beziehungen und des Bildes vom Nachbarn sind nicht selten sehr anschaulich und in einer bewusst gewählten Sprache formuliert. Bei genauerer Lektüre fällt auf, dass in solchen Texten ziemlich konsequent auf bestimmte Metaphern zurückgegriffen wird. Gerade im Bereich des politischen Framing besitzen Metaphern eine zentrale Funktion. Metaphern machen abstrakte politische Themen verständlich, indem sie diese sprachlich auf die Ebene der Alltagskommunikation herunterbrechen. Gleichzeitig schaffen Metaphern eine Art kommunikativer Pfadabhängigkeit, da sie die Möglichkeiten dessen, was innerhalb eines Frames sinnvollerweise gesagt werden kann, einschränken. Da politisches Handeln sich immer (auch) auf Aussagen innerhalb metaphorischer Frames bezieht, setzen Metaphern letztlich auch den Rahmen für politische Entscheidungen. Im Prinzip sind Metaphern ein Ausdruck von Weltwahrnehmung und Weltverständnis. Als vereinfachende und zugleich perspektivische Sprachbilder lösen sie beim Empfänger Assoziationsketten aus, mithilfe derer unbekannte oder komplexe (abstrakte) Phänomene leichter verständlich werden und in eine gewisse Ordnung und Struktur gebracht werden können. Die Perspektivität von Metaphern drückt sich darin aus, dass durch die Hervorhebung eines Aspekts andere Aspekte in den Hintergrund geraten. Ihre beachtliche rhetorische Macht beruht also darauf, den Empfänger zu veranlassen, Ereignisse auf eine ganz bestimmte Weise wahrzunehmen. Daher ermöglicht es uns die Analyse der benutzten Metaphern, die potenziellen politischen Implikationen aufzudecken, die in der Art des Erzählens verborgen sind.

Angelehnt an kognitionswissenschaftliche Ansätze zur Rolle kognitiver Metaphern für das politische Framing (vgl. Lakoff und Johnson 2018 [1997]; Wehling 2017) zeigen wir in diesem Kapitel auf, wie, d. h. mithilfe welcher Metaphern, ein bestimmtes Bild Deutschlands bzw. Polens in den Medien des jeweiligen Nachbarlandes vermittelt wurde. Dabei dienen Metaphern dazu, abstrakte politische Idee und Konzepte, etwa das Polen- bzw. Deutschlandbild in den Medien des jeweiligen Nachbarlandes, verständlich zu machen.

Die folgenden Abschnitte stellen keine erschöpfende Metaphernanalyse des über Printmedien vermittelten Bilds Deutschlands bzw. Polens im ersten Halbjahr 2020 dar. Vielmehr ging es uns darum, auf die Bedeutung zentraler Metaphern in der deutsch-polnischen

Kommunikation aufmerksam zu machen und das analytische Potenzial einer Metaphernanalyse für die Untersuchung der deutsch-polnischen Kommunikation aufzuzeigen. Folgende Metaphern haben wir untersucht: *Politik als Kampf*, *Die COVID-19-Pandemie als Naturereignis* und *Die deutsch-polnischen Beziehungen als Schüler-Lehrer-Verhältnis*.

## Der ewige Kampf



## Die Metapher

Die konzeptuelle Metapher des Kampfes spielt eine zentrale Rolle im Framing von Politik. Sie ist allgegenwärtig und strukturiert scheinbar selbstverständlich die Kommunikation über politische Debatten, Ideen und Konzepte. Die zentrale Bedeutung der Kampf-Metapher für unser Verständnis von Politik ist zweifelsohne auch davon beeinflusst, dass wir argumentative Auseinandersetzungen – und gerade diese sind grundlegend für den demokratischen Prozess – insgesamt über Metaphern des Kampfes oder gar des Krieges framen (vgl. zur Metapher „Argumentieren ist Krieg“: Lakoff und Johnson 2018 [1997], S. 12). Konzeptuelle Metaphern sorgen dafür, dass bestimmte Aspekte eines Konzeptes in den Vordergrund gestellt werden, während andere Aspekte in den Hintergrund treten. Dies ist auch bei der Kampf-Metapher der Fall. Aspekte der Konfrontation und der Auseinandersetzung und Konfrontation werden durch die Metapher betont, andere Aspekte von Politik, wie etwa auf Kooperation abzielendes Verhalten, treten automatisch in den

***Mehrere Staaten nehmen den Kampf gegen die Pandemie zum Vorwand, um Grundrechte außer Kraft zu setzen. (SPIEGEL, 18.04.2020)***

***Im Kampf um Menschenleben will sich keine Regierung vorwerfen lassen, nicht jedes Mittel ausgeschöpft zu haben. (SPIEGEL, 25.04.2020)***

***Es gehe im Kampf gegen die Pandemie um „Leben und Tod“ der Bürger. (FAZ, 08.04.2020)***

Hintergrund, da sie in diesem Frame nicht vorkommen. Im Folgenden untersuchten wir die Metapher des Kampfes im politischen Umgang mit der COVID-19-Pandemie und der politischen Auseinandersetzungen im Rahmen der Präsidentschaftswahlen in Polen.

## **Die Bekämpfung des Coronavirus**

Die „Bekämpfung des Virus“ ist eine allgemein übliche Formulierung, daher findet sie im vorliegend untersuchten Zeitraum in der Presse relativ häufig Verwendung, um die Pandemie-Situation in Worte zu fassen; neben ähnlich gelagerten Ausdrücken wie etwa „Kampf“, „Krieg“ oder „Kriegsgebiet“. In den polnischen Texten ist die Zahl derartiger Metaphern höher. Da „stürmen“ die Menschen die Supermärkte, und die Politiker entwerfen eine Strategie zur Bekämpfung der Pandemie. An anderer Stelle werden die gegen die Pandemie kämpfenden Staaten als Maschinen dargestellt und ihre Reaktionen als taktische Spielzüge in einem sportlichen Wettkampf. Zur Illustration an dieser Stelle das nachfolgende Beispiel:

In einem Interview mit dem *Spiegel* (SP, 18.04.2020) forderte der frühere polnische Ministerpräsident und Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, zur wirtschaftlichen Rettung der von der Pandemie besonders betroffenen Staaten einen „Blitzkrieg“. In einer derartigen Situation, so Tusk, dürfe man „auch vor außergewöhnlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken“. Durch das Framing der politischen Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie als *Krieg* eröffnet sich ein weiterer Horizont politischer Handlungsmöglichkeiten, der es zulässig erscheinen lässt, der Bekämpfung der Pandemie andere Dinge unterzuordnen, die Wirtschaft bis auf die ‚kriegswichtige Produktion‘ herunterzufahren, bürgerliche Grundrechte einzuschränken und den für demokratisch verfasste Gesellschaften elementaren parlamentarischen Entscheidungsfindungsprozess der Reaktionsschnelligkeit exekutiver Entscheidungen unterzuordnen. Es geht, wie Tusk klarstellte, um das politische Überleben der Europäischen Union: „Die Migrationskrise war der erste Warnschuss, die Pandemie ist der zweite. Es könnte der letzte Warnschuss für Europa sein“ (SP, 18.04.2020).

## **Der polnische Präsidentschaftswahlkampf**

Die Zahl der Abschnitte, in denen die Kampf-Metapher im Kontext des polnischen Präsidentschaftswahlkampfes auftaucht, ist wesentlich höher als beim Framing der Epidemie. Dabei hat sich die Kampf-Metapher bereits so sehr unserem Sprechen und Denken über Politik eingeprägt, dass sie uns erst bei

***Der Präsident reist wie im Kriegszustand im Armeepullover zu Grenzschützern oder Ärzten und geriert sich als oberster Kämpfer gegen das Virus – ausführlich zu sehen im Staatsfernsehen. (SZ, 18.03.2020)***

***Deutschland kämpft gegen das Coronavirus ohne übertriebene Zwangsmaßnahmen, aber auch ohne Begeisterung. Den höchsten Preis zahlen die Einwohner Berlins, das auch die Hauptstadt des Amüsemments ist. (POLITYKA, 21.04.2020)***

***Schmutzige Geschäfte auf dem Markt für Ausrüstungsgüter zur Pandemiebekämpfung sind die neue Normalität. (POLITYKA, 27.04.2020)***

***Die Forschung ist Teil der Bekämpfung des Coronavirus in den Krankenhäusern. (GW, 20.04.2020)***

***Landesweit wurden mehr als 5.000 Krankenhausbetten zur Behandlung von Corona-Patienten bereitgestellt. (GW, 12.03.2020)***

***Deutschland ist in den Lockdown gegangen. (POLITYKA, 24.03.2020)***

***Taktik zur Rettung des Tourismus. (POLITYKA, 28.06.2020)***

***Heute gewinnt der, der als Erstes zahlt. (POLITYKA, 27.04.2020)***

***In der ersten Runde der polnischen Präsidentschaftswahlen am Sonntag hat Amtsinhaber Andrzej Duda einen Sieg errungen. (FAZ, 29.06.2020)***

genauerem Hinsehen auffällt und dass wir uns bisweilen kaum vorstellen können, anders über Politik zu sprechen. So erscheint uns daher auch in der deutschen Presseberichterstattung über die polnischen Präsidentschaftswahlen die Rede vom Wahlkampf als natürlich. Mit anderen Worten: Wir sind es nicht gewohnt, über Politik anders als in konzeptuellen Metaphern des Kampfes zu sprechen.

Dabei macht es durchaus einen Unterschied, wie über Politik als Kampf gesprochen wird. Man kann über Politik zum einen als einen (sportlichen) Wettkampf im Sinne eines Spiels sprechen, bei dem es Kontrahent\*innen, Herausforderer und Herausforderinnen, Gegner\*innen, Gegenspieler\*innen und natürlich Gewinner\*innen, die ihre Siege feiern, und Verlierer\*innen, die ihre Niederlage verdauen müssen, gibt. Hin und wieder kommt es auch zu einem „Patt“ (FAZ, 05.04.2020). Dabei wechselt bisweilen die Sportart, auf die sich die Metapher bezieht. Steht beim Patt das Schachspiel Pate (mit all seinen Assoziationen wie Geduld, Strategie etc.), so werden die polnischen Präsidentschaftswahlen auch gerne als „Rennen“ (SZ, 16.05.2020) bezeichnet, bei denen verschiedene Kandidat\*innen „an den Start“ gehen (SZ, 29.06.2020) gehen und bei dem die Zeitungen anhand aktueller Umfrageergebnisse die aktuellen Zwischenstände wiedergeben und auf die jeweiligen Platzierungen der Kandidat\*innen eingehen. In diesem Kontext werden Gesetze, etwa solche, die die Festlegung des Wahltermins betreffen, gerne als „Spielregeln“ (ZEIT, 07.05.2020) bezeichnet, an die sich die involvierten Akteure zu halten hätten. Ziel der Regeln sei ein „fairer politischer Wettbewerb“ (FAZ, 30.04.2020). Aber bei einem Spiel geht es nicht unbedingt immer fair zu. Es gibt Regelverstöße und manch ein Spieler mag versucht sein, sich unerlaubt Vorteile zu verschaffen, indem er seine „Spielchen“ (FAZ, 11.05.2020) oder ein gänzlich „anderes Spiel“ (SZ, 04.04.2020) spielt. Aus dieser Perspektive erscheinen die Versuche der PiS-Regierung, den ursprünglichen Wahltermin etwa durch die kurzfristige Einführung der Briefwahl zu halten, als Nichteinhaltung dieser Regeln bzw. als Regelverletzung.

Die Logik dieser konzeptuellen Metapher zwingt uns förmlich dazu, im Anschluss hieran zu fragen, wer die Regelverletzung feststellt, bewertet und sanktioniert. Und so erscheint es in der Logik der Metapher folgerichtig, dass hier externe Dritte, wie etwa die Europäische Union, in einer Schiedsrichterfunktion ins Spiel gebracht werden. So sagte etwa die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, in Bezug auf die EU-Rechtsstaatlichkeitsdebatte: „Wer in der EU ist, genießt viele Vorteile, muss sich aber an die Spielregeln halten“ (FAZ, 10.05.2020).

**Kampfums höchste Amt**  
(SZ, 04.04.2020)

**Kampf um die Wahl** (SZ, 05.05.2020)

**Beobachter vermuteten, Kaczyński und Gowin verfolgten längst ein anderes Spiel.** (SZ, 04.04.2020)

**Schlappe für konservative PiS**  
(SZ, 29.06.2020)

**Patt in Polen** (FAZ, 05.04.2020)

**Das Rennen im polnischen Präsidentschaftswahlkampf ist noch offen.** (SZ, 30.06.2020)

**Wenn Spielregeln verändert würden oder gar ein Wahltermin verschoben werde, müssten diese Entscheidungen zwingend im Konsens getroffen werden.** (ZEIT, 07.05.2020)

**Ständig mobilisiert Jarosław Kaczyński, der Chef der PiS, gegen vermeintliche Feinde, die, so geht seine Erzählung, Polen und das „wahre Polentum“ bedrohten.**  
(ZEIT, 25.06.2020)

**Es gibt laut der Darstellung polnischer Medien zwei Wege, den Wahltermin zu verschieben: den geschlossenen Rückzug aller Kandidaten und die Verhängung des Ausnahmezustands. Einen gemeinsamen Rückzug lehnt der linke Kandidat Biedron bisher ab. [...] „Das ist der Atomknopf, die letzte Option, wenn wir das Gefühl haben sollten, dass Duda die Lage mit dem Virus ausgenutzt hat, um Wahlkampf zu machen.“**  
(FAZ, 19.03.2020)

Wie also formt die konzeptuelle Metapher des sportlichen Wettkampfes unser Verständnis von politischen Ereignissen wie etwa dem polnischen Präsidentschaftswahlkampf 2020? In diesem Frame erscheint die politische Auseinandersetzung an Regeln gebunden, sie hat einen Anfang und ein Ende, und die Kontrahenten wetteifern nur für die Dauer des Spiels. Nach Spielende respektiert man die Leistung des Gegners, akzeptiert das Ergebnis und reicht sich die Hand. Bis zum nächsten Spiel.

Anders sieht es aus, wenn wir die Kampf-Metapher in Richtung Krieg zuspitzen. Hier steht man nicht länger Gegnern, sondern *Feinden* gegenüber, gegen die es das eigene *Lager* zu *mobilisieren* gilt. Im Zusammenhang eines möglichen gemeinsamen Boykotts der Wahlen durch sämtliche Oppositionskandidat\*innen war etwa von einem „geschlossenen *Rückzug*“ die Rede. Hier wird an den verhärteten Fronten der politischen Auseinandersetzung schweres Geschütz aufgefahren und es gibt Opfer. Interessanterweise kommt die Kriegsmetaphorik häufig in der Sprache der handelnden Akteure, also der involvierten Politiker\*innen, vor. Zur Frage eines möglichen Wahlboykotts verkündete etwa der Kandidat der Linken, Robert Biedroń: „Das ist der *Atomknopf*, die letzte Option, wenn wir das Gefühl haben sollten, dass Duda die Lage mit dem Virus ausgenutzt hat, um Wahlkampf zu machen“ (FAZ, 19.03.2020). Der Chef der oppositionellen *Bürgerplattform* (PO), Borys Budka, äußerte: „Das ist eine kleine, gewonnene *Schlacht*, das ist der Anfang eines gewonnenen *Krieges*. Wir führen ihn im Namen aller, die ein normales, europäisches, aber vor allem rationales und gut organisiertes Polen wollen“ (FAZ, 06.04.2020). Der parteilose Kandidat Szymon Hołownia wiederum wurde mit dem Satz zitiert: „Ich gehe nicht zurück, und wenn ich tot umfalle“ (FAZ, 06.05.2020). Rafal Trzaskowski schließlich verkündete: „Jetzt bin ich im Kampfmodus“ (FAZ, 31.05.2020). Und nach dem ersten Wahlgang fügte er hinzu: „Mit solchen Ergebnissen kann man losziehen und um Polen kämpfen!“ (FAZ, 30.06.2020).

Die Kriegsmetaphorik framt die politische Auseinandersetzung zwar auch wie die Metaphorik des sportlichen Wettstreits als Kampf, aber sie tut dies auf viel radikalere Weise. Nach einem Krieg gibt es nicht Gewinner und Verlierer, sondern Sieger und Besiegte. Durch den Krieg werden dauerhafte Tatsachen geschaffen, und die unterlegene Partei kann kaum darauf hoffen, im nächsten Spiel erneut eine Chance zu erhalten. Es geht somit um die Vernichtung des Feindes; Regeln mag es geben, aber im Krieg scheint alles erlaubt.

***Der liberale Oppositionsführer Borys Budka sagte: „Das ist eine kleine, gewonnene Schlacht, das ist der Anfang eines gewonnenen Krieges. Wir führen ihn im Namen aller, die ein normales, europäisches, aber vor allem rationales und gut organisiertes Polen wollen.“ (FAZ, 06.04.2020)***

***Rafal Trzaskowski passt auf den ersten Blick als Feindbild gut in diese Erzählung. (ZEIT, 25.06.2020)***

***Noch hält die Regierung zusammen. Aber der Streit um den Wahltermin, ein Kampf „um Leben und Tod“ auch der Regierung, geht weiter. (FAZ, 17.04.2020)***

***Zugleich haben die wichtigsten Oppositionskandidaten angekündigt, „bis zum Ende zu kämpfen“. (FAZ, 05.05.2020)***

***Die Fronten zwischen den politischen Lagern sind verhärteter als je zuvor. (FAZ, 08.05.2020)***

***Kidawa-Blonska wurde in Polen das prominenteste politische Opfer des Coronavirus. (FAZ, 31.05.2020)***

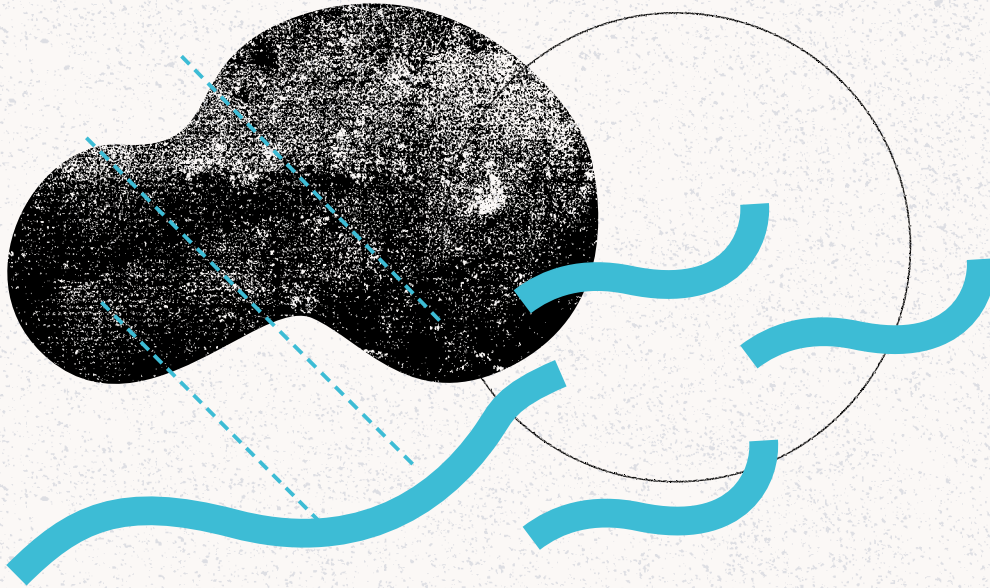
***„Jetzt bin ich im Kampfmodus“. (FAZ, 31.05.2020)***

***Am Wochenende hat Andrzej Duda [...] schweres Geschütz aufgefahren. (FAZ, 16.06.2020)***

***Die Stichwahl am 12. Juli werde eine „Wahl zwischen einem offenen Polen und einem Polen, das sich ständig Feinde sucht“. (FAZ, 29.06.2020)***

***„Mit solchen Ergebnissen kann man losziehen und um Polen kämpfen!“ (FAZ, 30.06.2020)***

## Naturschauspiele



### Die Metapher

Eine weitere Gruppe gern verwendeter, sehr bildhafter Metaphern sind jene aus dem weiten Themenbereich der Natur, der Naturphänomene, der Naturkatastrophen: Flut, Tsunami, Feuer, Sturm. Deren Verwendung zielt darauf ab, die Bedrohung, den Ernst und die Gefährlichkeit der Lage zu betonen, Respekt (vor den Elementen) zu wecken, auf Unvorhersehbarkeit und Kontrollverlust hinzuweisen. Daher können diese Metaphern auch Schilderungen menschlicher Reaktionen auf diese Phänomene enthalten, wie etwa Panik, Flucht etc.

### Das Coronavirus als Naturereignis

Übertragungen der Bilder von Tsunamis, Katastrophen oder atmosphärischen Phänomenen auf die COVID-19-Pandemiesituation finden sich vor allem in der polnischen Presse. Da ist die Rede von „Epidemiewellen“ und „entvölkerten Großstadtwüsten“, von „Virusherden“, dem „Verlöschen“ der Epidemie in Deutschland und dem „Abschmelzen der Staus“ an den Grenzen. Die Lage der Bevölkerung wurde mit Formulierungen wie „Massen von Erkrankten“ und Einwohnern „in Panik“ umschrieben.

In der deutschen Presse kam die Benutzung solcher Begriffe seltener vor. Jedoch benutzte man in Deutschland die Formulierung Naturkatastrophe in Bezug auf Polen auch in nicht-metaphorischer Bedeutung, und zwar in Form des Vorschlags, die Pandemie in Polen zur Naturkatastrophe zu erklären, um damit eine verfassungskonforme Möglichkeit zu schaffen, die für Mai 2020 anberaumten Präsidentschaftswahlen zu verlegen.

*In Umfragen lag er schon vor Beginn der Infektionswelle weit vor allen anderen Kandidaten, doch war eine Stichwahl wahrscheinlich. (FAZ, 07.05.2020)*

*Der Pflegeforscher Michael Isfort vom Deutschen Pflegeinstitut erwartet keine „Tsunami-Welle an unversorgten Menschen“ [...]. (ZEIT, 29.04.2020)*

*„Die Stimmung in den Krankenhäusern erinnert an die letzten Minuten vor einem Tsunami“, sagt ein Intensivmediziner aus einem großen bayerischen Krankenhaus. (GW, 24.03.2020)*

*Jetzt, in Zeiten der Pandemie, sieht man es noch deutlicher: Das Zentrum Berlins ist eine Wüste. (GW, 09.05.2020)*

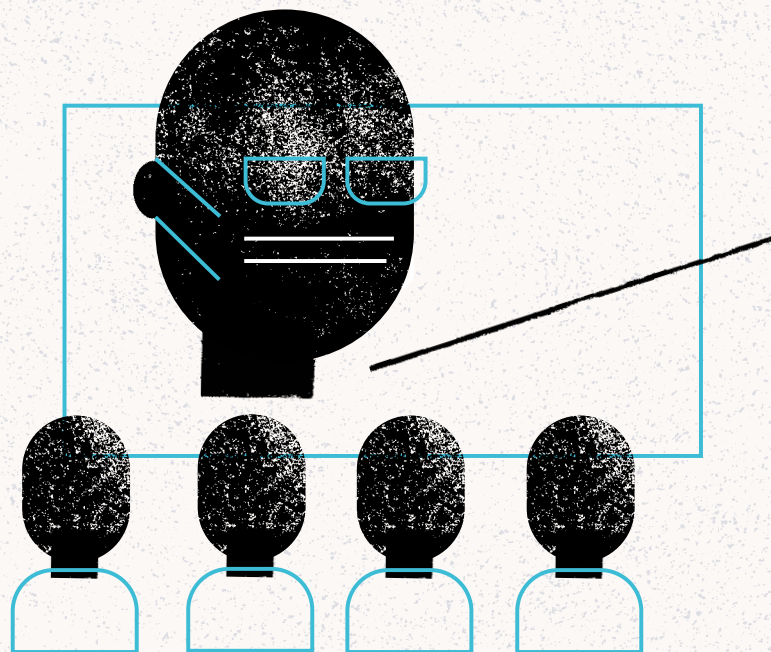
Die Naturereignis-Metapher lässt das Coronavirus und seine Auswirkungen wahlweise als Feuersbrunst oder als Wassermasse erscheinen. Wie lässt sich im Rahmen dieser Metaphorik über die Pandemie denken bzw. sprechen? Egal, ob Feuer oder Wasser, es handelt sich in beiden Fällen um katastrophale Ausnahmezustände, die schnelle Entscheidungen nötig machen. In dieser Logik erscheint es nur folgerichtig, die Entscheidungskompetenz bei der Exekutive und nicht etwa in den Parlamenten zu verorten. Der Ausnahmezustand hält im Prinzip bis zur vollständigen Ausrottung des Virus an – das Feuer muss gelöscht, die Wasserfluten müssen eingedämmt werden. Ein Leben mit dem Virus ist in dieser metaphorischen Perspektive nicht vorgesehen. Zum anderen wird zur Beschreibung der Auswirkungen der Pandemie (vor allem mit Blick auf die Städte) auf die konzeptuelle Metapher des Naturereignisses zurückgegriffen. Hier erscheinen etwa die menschenleeren Straßen als Wüste.

***In Deutschland klingt die Epidemie ab; die Zahl der Neuinfektionen bewegt sich um 1.000 Fälle pro Tag. (GW, 14.05.2020)***

***Obwohl man für das gesamte Bundesgebiet von einer eingedämmten Pandemie sprechen kann, gibt es immer wieder Brandherde auf lokaler Ebene. (GW, 23.06.2020)***

***Das Epizentrum des Infektionsgeschehens war eine Karnevalsfeier im kleinen Dorf Gangelt im Kreis Heinsberg, nahe der Grenze zu den Niederlanden. (GW, 05.03.2020)***

## Schüler und Lehrer



### Die Metapher

Die Schüler-Lehrer-Metapher als Beschreibung eines Rollenverhältnisses deutet auf eine nicht gleichberechtigte Beziehung hin. Auf der einen Seite steht der unreife, jüngere, schwächere „Schüler“, welcher der Unterstützung, Formung und Orientierung bedarf und Belehrungen, Zurechtweisungen und Prüfungen über sich ergehen lassen muss. Der „Lehrer“ auf der anderen Seite ist in dieser Konstellation derjenige, der das Recht hat, über das Thema besser Bescheid weiß, erfahrener ist, der über mehr Wissen verfügt, das er

dem Schüler einerseits vermitteln, andererseits von diesem auch wieder einfordern muss. In einer solchen Beziehung bedarf es der Unterordnung des einen unter den anderen. Die Metapher framt die deutsch-polnischen Beziehungen somit als asymmetrisches Verhältnis und verhindert eine Begegnung unter Partnern auf Augenhöhe. Diese Metapher hat ihren Ursprung in den 1990er Jahren, als Deutschland gegenüber Polen die Rolle des Advokaten auf dem Weg in die EU zugeschrieben wurde. Doch die Metapher bietet auch, zumindest potenziell, Aussicht auf Veränderung. Früher oder später endet jede Schulkarriere, idealerweise mit einem guten Abschluss. Das einstige Lehrer-Schüler-Verhältnis endet ab diesem Moment und schafft Raum für eine qualitativ neue Beziehung.

### **Schüler Polen und Oberlehrer Deutschland**

Die Rollenkonstellation „polnischer Schüler – deutscher Oberlehrer“, in welcher dem deutschen Handeln und Denken Vorbildcharakter zugeschrieben wird, ist ein gängiges Grundmuster in den Beschreibungen der deutsch-polnischen Beziehungen. Unsere Analyse der Medienbeiträge im Rahmen der Berichterstattung zur Corona-Krise im ersten Halbjahr 2020 ergibt, dass diese Art der Darstellung vorhanden war, allerdings nicht besonders oft. In der deutschen Presse las man bisweilen, Polen sei eine „junge“ Demokratie, womit angedeutet werden sollte, dass bestimmte Strukturen noch nicht vollständig ausgebildet bzw. stabilisiert seien. Auch wurde erwähnt, dass die polnische Regierung bei dem Versuch, die Präsidentschaftswahlen in Pandemiezeiten als Briefwahl zu organisieren, sich ein Beispiel an den Kommunalwahlen in Bayern genommen habe, die ebenfalls im Frühjahr 2020 stattgefunden hatten. Die liberale Stadtpräsidentin von Gdańsk (Danzig), Aleksandra Dulkiewicz, wurde mit den Worten zitiert: „Die heutige Lage ist für unsere Generation eine harte Prüfung“ (FAZ, 30.04.2020). Und auch die wirtschaftliche Entwicklung Polens wurde bisweilen im Rahmen der Schüler-Metapher gedeutet. So war etwa von der polnischen Landwirtschaft als „einstige[m] Sorgenkind Brüssels“ die Rede, die sich nun aber, als „Europas größter Apfelproduzent“, endlich „berappelt“ habe (SPIEGEL, 28.03.2020).

Das Modell von Deutschland als Lehrer und Vorbild und von Polen als Schüler fand sich auch mehrfach in der polnischen Presse. Die *Gazeta Wyborcza* etwa schrieb in dieser Art und Weise in den Kontexten deutscher Pandemiemaßnahmen und des internationalen Fußballs – ja, auch die in diesen Bereichen entwickelten Lösungen erschienen den polnischen Journalisten nachahmenswert. Das Wochenblatt *Polityka* zitierte den Bürgermeister von Zgorzelec, der von einer „Prüfung in gesellschaftlicher Disziplin“ sprach, die die Polen nun zu bestehen hätten. Und von einem „Examen“ für den polnischen Staat schrieb auch Michał Karnowski in der Zeitschrift *Sieci*.

**Wie erklären Sie sich, dass ausge-rechnet Länder wie Polen ihre noch jungen demokratischen Errungenschaften torpedieren?**  
(SPIEGEL, 08.02.2020)

**Lassen Sie uns das nicht vergessen: Polen und Ungarn sind junge, fragile Demokratien.**  
(SPIEGEL, 08.02.2020)

**Mitten in der Corona-Epidemie taumelt die vergleichsweise junge polnische Republik am Rande einer Staatskrise.**  
(ZEIT, 07.05.2020)

**Deutschland zeigt dem Rest der Fußballwelt, wo es langgeht.**  
(GW, 27.04.2020)

**Auf den Spuren der Deutschen.**  
(GW, 07.05.2020)

**Die Pandemie traf unser Vaterland während des Präsidentschaftswahlkampfes und stellte die Funktionsfähigkeit des polnischen Staates auf eine harte Probe. Werden wir diese Prüfung bestehen?**  
(Sieci, 03.05.2020)



# Fazit

Ziel der vorliegenden Publikation war es, unter Rückgriff auf das methodische Instrumentarium der Framing-Analyse zu untersuchen, welches Bild Polens, Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen im ersten Halbjahr 2020 in deutschen und polnischen Tageszeitungen vor dem Hintergrund des Ausbruchs der Corona-Krise gezeichnet wurde. Hierbei erwiesen sich insbesondere die folgenden Fragen als zentral: Wie wurden Polen und Deutschland vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie in der Presse des jeweiligen Nachbarlandes geframt? Welches Bild von Polen bzw. Deutschland entstand hierdurch in den deutschen und polnischen Tages- und Wochenzeitungen? Welche Aspekte des Bildes des jeweiligen Nachbarlandes wurden im Rahmen des Framings hervorgehoben, welche traten in den Hintergrund? Wie wirkte sich die Pandemie auf die wechselseitige Berichterstattung aus? Welche Veränderungen und Kontinuitäten lassen sich in der deutsch-polnischen Kommunikation in Corona-Zeiten ausmachen?

Zweifelsohne veränderte die Pandemiesituation den Blick auf das Nachbarland und rückte Themen und Aspekte ins Zentrum der Berichterstattung, die sonst nur selten den Weg in die Spalten der untersuchten Tages- und Wochenzeitungen finden. Die Pandemie machte scheinbar Selbstverständliches sichtbar und stellte es medial auf den Prüfstand, auch in den deutsch-polnischen Beziehungen. Wann hatte man zuvor in der deutschen bzw. polnischen Presse das letzte Mal etwas über die Situation des Gesundheitssystems im jeweiligen Nachbarland gehört? Wann wurde uns zuletzt die Bedeutung offener Grenzen für die deutsch-polnischen Beziehungen derart nachdrücklich ins Gedächtnis gerufen? Der infolge der Pandemie-Situation entstehende diskursive Raum eröffnete demnach neue Möglichkeiten der Beschäftigung mit Themen und Aspekten, die zuvor kaum Beachtung fanden.

Gleichzeitig ließen sich auch zahlreiche Kontinuitäten in der Berichterstattung über Polen bzw. Deutschland in der Presse des jeweiligen Nachbarlandes ausmachen. Das Bild Polens unter einer PiS-geführten Regierung als das einer in ihrer Existenz gefährdeten Demokratie wurde beispielsweise bereits vor der Corona-Krise in den deutschen Medien gezeichnet, wenngleich wohl nicht in dieser Schärfe. Hier hat es den Anschein, als habe sich die wahlkampftypische Zuspitzung der politischen Akteure vor dem Hintergrund der Pandemie nochmals verschärft und bisweilen auf die Medienberichterstattung übertragen. Auch die Darstellung Deutschlands als Bezugspunkt, als ebenso bewunderte wie misstrauisch beäugte politische Führungsmacht in Europa, als vorbildlicher Mentor und besserwisserischer Oberlehrer sowie allgemein solide organisiertes Staatswesen, in dem jede administrative Unzulänglichkeit schnell zum Politikum wird, ist bereits aus Vorkrisenzeiten wohlbekannt.

Durch die Presseberichte aus beiden Ländern zog sich das Motiv der in vielen Bereichen herrschenden gegenseitigen deutsch-polnischen Abhängigkeit, wenngleich dieser Aspekt von polnischer Seite stärker betont wurde. Deutschland wurde als ein wirtschaftlich und politisch wichtiger Partner beschrieben sowie als wichtiger Arbeitsmarkt für viele Pol\*innen. Daher habe das, was in Deutschland geschehe, generell auch Auswirkungen auf Polen, unabhängig davon, ob dieser Einfluss als positiv oder negativ eingeschätzt, Deutschland als Hegemon oder Verbündeter betrachtet wird. Die aufgrund der Corona-Restriktionen teils dramatische Situation an den Grenzen zeige, welchen Stellenwert die deutsch-polnischen Beziehungen für die Entwicklung Europas haben.

Was lässt sich hieraus schließen? Das Bild Polens bzw. Deutschlands in der Presse des jeweiligen Nachbarlandes ist offensichtlich kein einheitliches. Es ist vielmehr ein Mosaik, das sich aus Versatzstücken einer

Vielzahl von Artikeln zusammensetzt. Dem Großteil der untersuchten Artikel ist anzumerken, dass ihre Verfasser\*innen um eine ausgewogene Form der Berichterstattung bemüht waren, die sich der Objektivität verpflichtet sieht und auf Fakten beruht. Zahlreiche Artikel zeichneten daher ein eher ambivalentes Bild des Nachbarlandes, häufig indem beiden Seiten einer politischen Debatte eine Stimme gegeben wurde. Den Anspruch auf eine faktenorientierte und somit möglichst objektive Berichterstattung versuchten die Autor\*innen durch Verweis auf Statistiken und Zahlen sowie O-Töne von Politiker\*innen, Expert\*innen und Betroffenen einzulösen. Doch wie wir in der Einleitung betont haben, kann politische Berichterstattung niemals vollständig objektiv und wirklichkeitsgetreu sein. Statistiken und Zahlen müssen interpretiert und kontextualisiert werden, O-Töne entsprechend ausgewählt und im Text platziert werden. Mit anderen Worten: Die beobachteten Realitätsausschnitte werden immer in einen Deutungsrahmen eingepasst, um komplexe Sachverhalte verständlich zu machen. Genau hierauf beruht politisches Framing, auch – und vielleicht gerade – in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Der Ausbruch der COVID-19-Krise konfrontierte die Medienschaffenden in Deutschland und Polen mit einer vollkommen neuartigen Situation. Wie für die meisten Menschen, so war dies auch für die Pressevertreter\*innen, die während des ersten Halbjahrs 2020 über Deutschland bzw. Polen berichteten, die erste Pandemie, mit der sie es zu tun hatten. Die Erfahrungshorizonte waren dementsprechend begrenzt. Es gab keine geeichten Maßstäbe zur Bewertung der *richtigen* politischen Bearbeitung der Krise. Aus heutiger Sicht würde man wahrscheinlich ein ganz anderes Bild aus den Fakten zusammensetzen als es vor gut einem Jahr, zu Beginn der Pandemie, der Fall war. Doch die Medienschaffenden konnten im Frühjahr 2020 nicht auf mehr Klarheit in der Zukunft hoffen, sondern mussten unter den gegebenen Bedingungen arbeiten. Wie also gestaltet sich das medial vermittelte Bild eines Landes vor dem Hintergrund einer Krisensituation, in der man es mit einer Fülle von Fakten zu tun hat, für die aber das bewährte Bewertungsinstrumentarium (noch) nicht vorhanden ist? Die Antwort scheint uns nach der Analyse der Berichterstattung in der deutschen und polnischen Presse eindeutig: Man greift auf Altbewährtes zurück, und das heißt in diesem Fall, auf altbewährte und etablierte Frames. Das innerhalb dieser Frames entstehende Bild Polens bzw. Deutschlands beruht dabei auf zweierlei. Erstens auf der Kontrastierung der Ereignisse im Nachbarland mit denjenigen im eigenen Land. Zweitens auf der Arbeit mit bereits etablierten Frames, die bereits in der Vergangenheit zum Verständnis des jeweiligen Landes herangezogen wurden. Dies versuchen wir abschließend anhand einiger exemplarischer Überlegungen zu verdeutlichen.

Unmittelbar nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie reagierte die polnische Regierung mit einem umfassenden Lockdown, während man in Deutschland zunächst noch abwartete. Zugespitzt formuliert: Während man in Berlin noch einen geselligen Abend im Restaurant beging, anschließend ein Kino besuchte und den Tag anschließend in einer Bar ausklingen ließ, hatte man sich in Warschau bereits in den eigenen vier Wänden verbarrikadiert und verließ die Wohnung nur noch in dringenden Fällen. Das Vorgehen der polnischen Regierung erschien aus der damaligen Sicht der deutschen Medien als drastisch, nicht zuletzt angesichts vergleichsweise niedriger Infektionszahlen. In der deutschen Berichterstattung erschien Polen als ein Land, dessen Regierung in der Lage ist, schnell und entschlossen zu handeln, und bei seinen Entscheidungen auf die Akzeptanz weiter Teile der Bevölkerung und auch der politischen Opposition bauen kann. Diesem entschlossenen (vielleicht sogar als überhart empfundenen) Vorgehen der polnischen Regierung wurden in den folgenden Wochen und Monaten die altbekannten strukturellen Mängel des Landes wie etwa ein marodes Gesundheitssystem und zu geringe Testkapazitäten gegenübergestellt. Zudem schwang in zahlreichen Artikeln stets der Verdacht mit, die Regierung könnte das tatsächliche Ausmaß der Krise verschleiern (geschönte Statistiken; Versuche, kritische Stimmen unter dem medizinischen Personal mundtot zu machen). Dieses Bild Polens als eines Landes, das ständig von der autoritären Versuchung bedroht zu sein scheint,

setzte sich in der Berichterstattung zum politischen Ereignis des Jahres, den Präsidentschaftswahlen, fort. Nachdem heute, ein gutes Jahr später, in Deutschland zwei Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz unter Corona-Bedingungen abgehalten wurden, erscheint es erstaunlich, dass das Festhalten der PiS-Regierung am ursprünglich anvisierten Wahltermin am 10. Mai (natürlich aus machttaktischen Gründen) einen solchen Aufschrei nicht nur seitens der politischen Opposition in Polen, sondern auch in den deutschen Medien verursachen konnte.<sup>7</sup> Im Mai 2020 verzeichnete Polen noch dreistellige tägliche Neuinfektionszahlen weit unter der 500er-Marke.

Diese am konkreten Beispiel angestellten Überlegungen weisen auf grundlegende Tendenzen hin, sowohl in der Medienberichterstattung und deren Rezeption, als auch in Kommunikationsprozessen allgemein, zumal in den deutsch-polnischen. Im Rückblick neigt man dazu – mit Abstand und dem Wissen um die nachfolgenden Entwicklungen – den Autor\*innen und Redakteur\*innen damaliger Medienberichte ein etwas überkritisch fehlerhaftes Meinungsbildung, eine unzutreffende Analyse, Übertreibung und Naivität vorzuwerfen, obwohl diese Berichte auf zum Zeitpunkt ihrer Entstehung zugänglichen Zahlen und konkreten Fakten beruhten. Aber es ist eben die Interpretation der Zahlen und Fakten, die von entscheidender Bedeutung ist. Meist sind es die Unterschiede der Interpretationen bzw. der kulturell bedingten Interpretationsrahmen samt der sie formenden Metaphern, die für deutsch-polnische Zwietracht sorgen, gerade beim Blick in die Vergangenheit. Schon am Beispiel unseres Rückblicks auf das vergangene Jahr ist zu konstatieren, dass sich die damaligen Einschätzungen sehr von den heutigen unterscheiden; Ansteckungszahlen, die man damals als sehr hoch empfand, erscheinen uns heute geradezu niedrig.

Diese Pilotstudie ermöglicht es uns, weitere Forschungsfragen zu formulieren, und sie bestätigt die Annahme, dass es zum Verständnis der deutsch-polnischen Kommunikation unerlässlich ist, das Entstehen des gegenseitigen Bildes inhaltlich tiefer, zeitlich umfassender sowie akteurszentriert zu analysieren. Dies meint die aktiven Akteure (in dieser Studie die Autor\*innen der ausgewerteten Texte) genauso wie die passiven (in diesem Fall die beschriebenen Politiker\*innen, Expert\*innen oder sozialen Gruppen). Entsprechende Analysen dieses Zuschnitts haben bereits begonnen.

---

<sup>7</sup> Selbstverständlich ist die Verfassungsmäßigkeit der unterschiedlichen Versuche der PiS, die Wahl am ursprünglich anvisierten Termin stattfinden zu lassen, in Zweifel zu ziehen. Ob aber der machttaktische Versuch, die Wahlen entgegen aller Widerstände durchzuführen, ein unverhältnismäßiges Risiko für die Gesundheit der Wähler\*innen dargestellt hätte, darf in Hinblick auf die damaligen Neuinfektionsraten durchaus in Frage gestellt werden.

# Literaturverzeichnis

- Czachur, Waldemar (2020), *Lingwistyka dyskursu jako integrujący program badawczy*, Wrocław: ATUT.
- Czyżewski, Marek (2011): *Wokół analizy ramowej jako perspektywy badawczej*, in: Tomasz Gackowski (Hg.), *Zawartość mediów czyli rozważania nad metodologią badań medioznawczych*, Warszawa: Aspra JR, S. 31–47.
- Franczak, Karol (2014): *Perspektywa framing analysis – oferta analityczna dla badań nad dyskursem?*, in: *Przegląd Socjologiczny*, 63(3), S. 135–156.
- Franczak, Karol (2017), *Analiza ramowania*, in: Marek Czyżewski, Michał Otrocki, Tomasz Piekot, Jerzy Stachowiak (Hg.), *Analiza dyskursu publicznego. Przegląd metod i perspektyw badawczych*, Warszawa: Wydawnictwo Akademickie SEDNO, S. 145–173.
- Lakoff, George; Johnson, Mark (2018 [1997]): *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*, Heidelberg: Carl-Auer Verlag.
- Marsch, Sabine (2007): *Metaphern des Lehrens und Lernens – Metaphernanalyse mit MAXQDA*, in: Udo Kuckartz, Stefan Rädiker, Claus Stefer und Thorsten Dresing (Hg.): *CAQD 2007: Computergestützte Analyse Qualitativer Daten. MAXQDA Anwenderkonferenz, Philipps-Universität Marburg, 7. bis 9. März 2007*, Marburg: Inst. für Erziehungswiss., Arbeitsbereich Empirische Pädagogik, S. 34–43. Online verfügbar unter: [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/941/ssoar-2007-kuckartz\\_et\\_al-caqd\\_2007.pdf;jsessionid=55CE78D9C2C0FB14B725AF143BC511E0?sequence=1](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/941/ssoar-2007-kuckartz_et_al-caqd_2007.pdf;jsessionid=55CE78D9C2C0FB14B725AF143BC511E0?sequence=1).
- Mayring, Philipp (2007): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim: Beltz.
- Wasilewski, Krzysztof (2019): *Framing i analiza ramowa – stan badań we współczesnym medioznawstwie. Przegląd stanowisk badawczych*, in: *Media – Kultura – Komunikacja Społeczna*, 1(14), S. 91–109.
- Wehling, Elisabeth (2017): *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

# Zu den Autoren

**Dr. Agnieszka Łada** – Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut (DPI) in Darmstadt, bis Dezember 2019 Direktorin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund und Executive Master for Public Administration an der Hertie School of Governance. Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Hertie-Stiftung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *visiting Scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), *visiting researcher* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2016/2017), stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Spezialisierung auf folgende Bereiche: deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.

**Bastian Sendhardt** – wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut (DPI) im Büro Berlin, bis April 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Studium der Politikwissenschaft in Erlangen, Bielefeld und Krakau. Forschungsaufenthalt am Institut für Soziologie der Universität Warschau (2012). Lehraufträge am Aleksanteri Institute der Universität Helsinki (2013) und der Universität der Bundeswehr München (2019). Derzeit Promotionsprojekt an der Universität der Bundeswehr München zu den Auswirkungen von Diasporapolitiken auf globale politische Ordnungsmuster am Beispiel der *Karta Polaka*. Wissenschaftliche Schwerpunkte und Interessensgebiete: Diasporaforschung, Grenzforschung, deutsch-polnische Beziehungen, Innen- und Außenpolitik sowie Sozialpolitik in Polen.

Der Text entstand im Rahmen des Projekts „Akteure, Felder, Wege – deutsch-polnische Kommunikation: Miteinander und übereinander“, welches das Institut für Öffentliche Angelegenheiten und das Deutsche Polen-Institut dank der finanziellen Förderung durch die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung durchführen.

DEUTSCH POLNISCHE WISSENSCHAFTS STIFTUNG	POLSKO NIEMIECKA FUNDACJA NA RZECZ NAUKI
---	---

Übersetzung aus dem Polnischen: Ulrich Räter  
Sprachliche Redaktion: Thomas Behrens

ISBN 978-3-9820699-4-4

© Copyright by Deutsches Polen-Institut/ Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Darmstadt/ Warschau 2021

Deutsches Polen-Institut  
Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt, Deutschland  
Tel. (+49) 6151 4202 0, [info@dpi-da.de](mailto:info@dpi-da.de), [www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de)

Fundacja Instytut Spraw Publicznych  
ul. Szpitalna 5/22, 00-031 Warszawa, Polen  
Tel. (+48) 22 556 42 60; [isp@isp.org.pl](mailto:isp@isp.org.pl); [www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)